4 ■ sozialpolitik in diskussion sozialpolitik in diskussion

Kai Biehl und Norbert Templ (Hg.)

EUROPA ALTERT – NA UND?

August 2007

wien.arbeiterkammer.at

WIEN

EUROPA ALTERT – NA UND?

DEMOGRAPHIE IM SPANNUNGSFELD ZWISCHEN SERIÖSER WISSENSCHAFT UND EINSEITIGER INTERESSENPOLITIK

Dokumentation der gleichnamigen Tagung
vom 11. Dezember 2006
AK Bildungszentrum Wien

Organisiert von den Abteilungen
EU und Internationales,
Wirtschaftswissenschaft und Statistik sowie
Sozialpolitik der AK Wien

Hg. von Kai BIEHL und Norbert TEMPL

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort der Herausgeber 3

Herbert Tumpel
Begrüßung und Einleitung 7

Wolfgang Lutz
Was kann die Demographie ...
... und was kann sie nicht? 9

Gerd Bosbach
Demographische Entwicklung in Deutschland:
Realität und mediale Dramatisierung 28

Gunther Tichy
Demographische Entwicklung in Österreich:
Der hochgespielte Generationenkonflikt 33

Günther Chaloupek
Beitrag bei Paneldiskussion 41

Josef Wöss
Steigender Altenanteil und Pensionen:
Altenquote ist nicht gleich Pensionsquote 43

VORWORT DER HERAUSGEBER

Wenn außerhalb der Fachöffentlichkeit über demographische Entwicklungen berichtet wird, dann in letzter Zeit fast durchgängig in Form dramatischer Katastrophenszenarien. Vorreiterin war in dieser Hinsicht nicht selten auch die EU-Kommission oder andere internationale Organisationen. Es erstaunt daher nicht, dass eine generationenübergreifende Verunsicherung viele Menschen erfasst hat und im Spannungsfeld Demographie und Arbeitsmarktentwicklung sowie langfristige Pensions- und Gesundheitsfinanzierung zahlreiche Mythen und Ängste die Debatte dominieren.

Die möglichen Auswirkungen der Alterung der Bevölkerung in den Industrieländern auf Wirtschaftswachstum, Arbeitsmarkt und Sozialschutzsysteme sind Gegenstand heftiger Diskussionen. Die dazu gehörenden Berichterstattungen sind oft sehr einseitig und mitunter am Rande der Seriosität.

Die Veranstaltung der AK-Wien am 11. Dezember 2006 hatte zum Ziel, gemeinsam mit renommierten Experten die Demographieprognosen nüchtern zu analysieren, den Diskurs über die Auswirkungen zu versachlichen sowie manche Schreckensszenarien auf ihre Stichhaltigkeit zu überprüfen. Der Schwerpunkt sollte dabei auf Österreich und Deutschland gelegt werden, und folgende Fragen standen im Vordergrund:

- Was kann die Demographie und was kann sie nicht?
- In welchem Maße ist der Diskurs interessengeleitet?
- Was ist politisch beeinflussbar und was nicht?

Demographische Vorausschätzungen und Prognosen sind mit Unsicherheiten behaftet, und mit zunehmendem zeitlichem Beobachtungshorizont wird die Bandbreite der möglichen Entwicklungen für alle untersuchten Größen und Kennzahlen schnell sehr groß. Diese unvermeidliche Unsicherheit wird aber in den öffentlichen Diskussionen kaum in einer geeigneten Form thematisiert. Es kommt in diesem Punkt eher zu einer starken Polarisierung. Entweder werden die Unsicherheiten völlig ignoriert, und die errechneten Zahlenwerte irgendeiner (nicht immer der mittleren) Prognosevariante werden auch für sehr weit in der Zukunft liegende Jahre ohne Einschränkungen interpretiert: „Land A stirbt aus – in den nächsten fünfzig Jahren wird sich die Bevölkerung halbieren“ wird dann gegebenenfalls nicht als Konditionalsatz geschrieben sondern als unausweichliche Tatsache dargestellt. Im anderen Extrem werden immer wieder ältere Bevölkerungsprognosen herangezogen, deren Ergebnisse sich im Licht der zwischenzeitlichen Entwicklung als unrichtig herausgestellt haben; aber in der Regel nicht um Unsicherheit in geeigneter Form zu thematisieren, sondern eher um den Wert demographischer Prognosen generell in Frage zu stellen.

Prof. Dr. Wolfgang Lutz ist Direktor des Instituts für Demographie der österreichischen Akademie der Wissenschaften. Sein Vortrag zeigt auf, welche Möglichkeiten demographische Prognosen bieten, aber auch welchen Einschränkungen sie unterliegen. Dass es derzeit in eher kurzen Intervallen zu Prognoserevisionen kommt, liegt vor allem daran, dass die Migra-

tion auch kurzfristig stark schwanken kann. Unsicherheiten bei Sterberaten und Fertilität wirken sich eher auf längere Sicht aus, und können dann aber ebenfalls Anlass für Prognoserevisionen sein. Trotzdem gibt es eine Reihe von demographischen Entwicklungen – wie z.B. die Alterung der (Erwerbs-)Bevölkerung – welche von den Prognoserevisionen nicht grundsätzlich in Frage gestellt, sondern allenfalls graduell verändert werden.

Dass es in der Regel nicht möglich ist, aus der Entwicklung einer einzigen demographischen Kennzahl, ein zukünftiges Problem in seiner Größenordnung abzuschätzen, wird in diesem Vortrag sehr eindrucksvoll am Beispiel des zu erwartenden Pflegebedarfs aufgezeigt. Abhängig von der tatsächlichen Bevölkerungsentwicklung hat der zukünftige Anteil der Über-80-Jährigen gegen Ende dieses Jahrhunderts eine beträchtliche Streuungsbreite zwischen 6% und im Extremfall mehr als einem Drittel. Aber auch bei einem stark steigenden Anteil dieser Altersgruppe, hängt der tatsächliche Pflegebedarf auch von der Entwicklung der so genannten beschwerdefreien Jahre ab. Bei einer Ausdehnung dieses Lebensbereichs im Durchschnitt um lediglich 2-3 Jahre könnte auch bei einem stark steigenden Anteil der „Hochbetagten“ der Pflegebedarf entweder nur moderat steigen oder sogar abnehmen. Obwohl für beide Variablen, die für diesen Themenbereich entscheidend sind, die zukünftigen Entwicklungen unsicher sind und vor allem die Kombination eine beträchtliche Bandbreite möglicher Entwicklungen offenlässt, wird in den öffentlichen Diskussion hingegen sowohl die totale „Vergreisung der Gesellschaft“ als auch der „explodierende Pflegebedarf“ im Allgemeinen als unausweichlich hingestellt.

Dr. Gerd Bosbach ist Professor für Statistik, Mathematik und Empirik an der Fachhochschule in Koblenz. Da die statistisch methodischen Probleme und das grundsätzliche Zahlengerüst der demographischen Entwicklung in den beiden anderen Hauptvorträgen ausführlich behandelt werden, geht er darauf nur ein, sofern sich zwischen Österreich und Deutschland bedeutsame Unterschiede ergeben. Ansonsten widmet er sich der Darstellung demographischer Forschungsergebnisse in der Öffentlichkeit und insbesondere in den Medien. Er zeigt an einer Fülle von Beispielen, dass in den Medien im Zusammenhang mit der demographischen Entwicklung praktisch ausschließlich negative Szenarien, um nicht zu sagen Katastrophenszenarien, berichtet werden. Wenn die Demographie eine effektvolle Schlagzeile verspricht, nimmt man es oft auch mit dem Wahrheitsgehalt der Darstellung nicht so genau. Positive Entwicklungen im Bereich der Demographie werden hingegen meist nicht berichtet oder oft auch in ihrer demographischen Bedeutung nicht erkannt – wie beispielsweise die oben erwähnte Zunahme der beschwerdefreien Jahre.

Gerd Bosbach weist in seinem Vortrag darauf hin, dass das Bedürfnis der Medien, mit grellen – möglichst negativen – Schlagzeilen Aufmerksamkeit zu erregen, sicherlich einer der Gründe für diese einseitige Art der Berichterstattung ist. Er arbeitet aber weiters auch heraus, dass diese Medienberichte in vielen Fällen konzertierte Aktionen darstellen, deren konkretes Erscheinen alles andere als zufällig ist. Es gibt gesellschaftliche Kräfte, welche die demographischen Prognosen äußerst geschickt für einseitige Interessenpolitik instrumentalisieren. So kann für manche einseitig interessengeleitete Veränderungen der Boden zubereitet werden, ohne dass diese per se mit der Demographie etwas zu tun haben müssen. Außerdem hat man gelernt, die „demographische Herausforderung“ als Rechtfertigung für unpopuläre politische Maßnahmen jeder Art einzusetzen. In den Massenmedien wird der nur behauptete aber tatsächlich gar nicht vorhandene Zusammenhang mit der Demographie im Allgemeinen nicht erkannt und in Folge auch nicht thematisiert.

Ein weiterer wichtiger Punkt in Gerd Bosbachs Vortrag ist die Erweiterung des Blicks auf längere historische Zeiträume. Die immer wieder gehörte Behauptung, der „größten demographischen Krise seit Menschengedenken“ gegenüber zu stehen ist nicht nur übertrieben sondern sogar falsch. Bei genauerer Betrachtung der letzten hundert oder sogar nur fünfzig Jahre zeigt sich, dass in der Vergangenheit zum Teil erheblich größere demographische Veränderungen auftraten als die, welche für die nächsten Jahrzehnte zu erwarten sind. Diese Veränderungen wurden meist weitestgehend reibungslos aber jedenfalls ohne dramatische Krisen erlebt.

Dr. Gunther Tichy ist emeritierter Professor für Volkswirtschaftslehre der Universität Graz. Er widmet sich in seinem Vortrag den Auswirkungen der demographischen Veränderungen auf den Arbeitsmarkt und auf die künftigen Belastungen des jeweils erwerbsaktiven Teils der Bevölkerung. Seine Grundaussage ist, dass die tatsächlich bestehenden demographischen Herausforderungen zu einem Belastungsmythos hochgespielt wurden, welcher in dem dargestellten Ausmaß gar nicht besteht. Der falsche Gesamteindruck entsteht zum Teil dadurch, dass vielfach schon die Ausgangsfragen grundsätzlich falsch gestellt sind. Auch wenn man zugesteht, dass der Anteil der Bevölkerung im Erwerbsalter in Zukunft abnehmen wird ist das letztlich nicht die relevante Größe, es kommt auf den tatsächlich erwerbsaktiven Anteil der Gesamtbevölkerung an. Da derzeit in Österreich bis zu einer Million Personen im Erwerbsalter nicht arbeiten, gibt es allein dort beträchtliche Reserven – und Veränderungen bei Teilzeit und geringfügiger Beschäftigung sind dabei noch gar nicht berücksichtigt. In Zukunft wird somit der Arbeitsmarkt und die tatsächlichen Beschäftigungsmöglichkeiten für die Erwerbsbeteiligung und das geleistete Arbeitsvolumen noch stärker als heute entscheidend sein. Außerdem wird bei der Entwicklung von Zukunftsszenarien vielfach die Produktivitätsentwicklung nicht ausreichend berücksichtigt. Selbst bei einem nur moderaten Anstieg der Produktivität wird der gesellschaftliche Wohlstand zur Mitte dieses Jahrhunderts deutlich größer sein, und somit sollten auch Sozialsysteme finanzierbar bleiben.

Gunther Tichy hält die demographischen Herausforderungen für durchaus bewältigbar, den entsprechenden politischen Willen vorausgesetzt. Die Probleme verbergen sich allerdings aus seiner Sicht zum Teil an anderen Stellen als sie derzeit wahrgenommen werden, wodurch das Risiko besteht, dass die notwendigen Schritte zu spät unternommen werden.

Das Ziel der Veranstaltung „Europa altert – na und?“ sollte nicht sein, den Wert demographischer Prognosen generell in Frage zu stellen. Bei aller Unsicherheit der Ergebnisse, war unter den Teilnehmern ein Grundkonsens vorhanden, dass demographische Vorausschätzungen in der Regel auf der Basis moderner wissenschaftlicher Methoden erstellt werden und als Ausgangspunkt vieler Zukunftsplanungen unersetzlich sind. Die Unvermeidbarkeit der Unsicherheit würde es allerdings geboten erscheinen lassen, nicht mehr mit lediglich einer Prognosevariante zu arbeiten, sondern grundsätzlich auch alternative Entwicklungsmöglichkeiten zu berücksichtigen. Das nötige Datenmaterial dazu gibt es schon lange.

Die Herausforderungen durch die demographische Entwicklung sind als Thema außerordentlich komplex, und bei einer sorgfältigen Analyse in der Darstellung eher sperrig. Dies sowie der grundsätzliche Wunsch der Massenmedien nach effektvollen, möglichst negativen Aufmachern erschweren die sachliche öffentliche Diskussion. Die unvermeidlich vereinfachten Aussagen sind in manchen auch – qualitativ hochstehenden – Medien mitunter ganz einfach

falsch, oder aber sie gehen bei der Problembeschreibung und beim Identifizieren der nötigen langfristigen Politikmaßnahmen am Kernpunkt vorbei.

Die demographische Herausforderung berührt eine Fülle von sehr unterschiedlichen heutigen und auch zukünftigen Interessenlagen, und es besteht somit ein beträchtliches Konfliktpotential. Dieser Zusammenprall mit unterschiedlichen Interessen führt einerseits dazu, dass die Demographie zur Durchsetzung von Interessen instrumentalisiert wird, und Problemlagen konstruiert werden, welche entweder gar nicht bestehen oder aber wenig bis nichts mit der demographischen Entwicklung zu tun haben. Andererseits können aber auch heutige kurzfristige Interessenlagen dazu führen, dass man sich mit der demographischen Herausforderung entweder nicht ausreichend auseinandersetzt, oder aber zumindest die notwendigen langfristigen Weichenstellungen aufschiebt.

Wien, August 2007
Kai Biehl, AK Wien
Norbert Templ, AK Wien

Herbert Tumpel

BEGRÜSSUNG UND EINLEITUNG

Sehr geehrte Damen und Herren!

„Ein Gespenst geht um in Europa, das Gespenst eines überalterten Kontinents“ – mit diesen Worten leitete die Neue Zürcher Zeitung vor einigen Jahren einen Kommentar zur demographischen Entwicklung in Europa ein. Wir sind in dieser Frage mit einem eigenartigen Phänomen konfrontiert: Lange Zeit war das vorherrschende demographische Thema in Europa das Wachstum der Weltbevölkerung und dessen Auswirkungen auf Umwelt, Ressourcen und Ernährungssicherheit. Keine der damit verbundenen Fragen ist gelöst. Aber inzwischen ist das Thema in Europa heute die Alterung der Gesellschaft und deren Auswirkungen auf Wirtschaftswachstum, Arbeitsmarkt und Alterssicherung.

Die Auswirkungen werden dabei vielfach als unabwendbare Katastrophe dargestellt. Wie sehr selbst renommierte Medien die Grenze zwischen Demographie und Demagogie überschreiten, zeigte sich vor einigen Wochen bei der Vorstellung der jüngsten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes in Berlin: „Deutschlands Weg in die Vergreisung“ titelte daraufhin die Tageszeitung „Die Welt“.

Auch die EU-Kommission neigt zur Dramatisierung: Vom „Ticken der demographischen Zeitbombe“ sprach im Oktober 2006 EU-Kommissar Vladimír Špidla anlässlich der Vorstellung der Mitteilung der Kommission zum Thema Demographie. Obwohl sich deren Titel „Die demographische Zukunft Europas – Von der Herausforderung zur Chance“ eigentlich wohltuend vom sonst gebräuchlichen alarmistischen Ton abhebt und auch der Inhalt aufhorchen lässt. Beispielsweise in der Klarstellung, dass Alterung keineswegs mit einer Abnahme der Produktivität verbunden sein muss. Oder in der Hervorhebung, dass Konzepte des „aktiven Alterns“ weit über bloße Rentenreformen hinaus gehen müssen.

Im Kern drehen sich die Katastrophenszenarien, mit denen wir seit einigen Jahren konfrontiert sind, um die Botschaft, dass die heutigen Alterssicherungssysteme langfristig nicht mehr finanzierbar sind. Dahinter verstecken sich oft auch handfeste politische und ökonomische Interessen: PolitikerInnen rechtfertigen mit dem vermeintlichen Ticken einer „demographischen Zeitbombe“ schmerzhafte Eingriffe in die sozialen Sicherungssysteme. Finanzdienstleister drängen auf den Auf- bzw. Ausbau privater Pensionssysteme.

Ich meine, dass es höchste Zeit ist, die Diskussion wieder zu versachlichen und die Entwicklung objektiv zu analysieren. Daher auch der Titel der heutigen Veranstaltung „Europa altert – na und?“ Dieser provokante Titel wurde bewusst gewählt. Nicht weil wir die Herausforderung des demographischen Wandels schönreden wollen. Sondern weil wir wissen, dass die Probleme sehr oft überzogen dargestellt werden und überzeugt sind, dass es möglich ist, die Herausforderungen der Alterung zu bewältigen, wenn wir rechtzeitig mit den erforderlichen Maßnahmen beginnen.

Von zentraler Bedeutung ist dabei das Spannungsfeld zwischen Demographie und Arbeitsmarkt. Noch vor etwas mehr als zehn Jahre sind die Demographieprognosen davon ausgegangen, dass es ab der Jahrtausendwende zu einer allmählichen Entlastung des Arbeitsmarktes kommen würde – durch einen Rückgang des Arbeitsangebots. Ab dann sollte die

Zahl der Personen im Erwerbsalter sinken. In den ersten Prognosen dieses Jahrhunderts wurde der Beginn der demographisch bedingten Entlastung des Arbeitsmarktes dann für das Jahr 2011 erwartet. In den aktuellen Prognosen hat sich dieser Zeitpunkt noch weiter in die Zukunft verschoben: frühestens 2020 wahrscheinlicher noch erst ab 2030 ist damit zu rechnen, dass das Arbeitsangebot zurückgehen wird.

Worüber aber bei allen Fachleuten Einigkeit besteht ist, dass der Anteil der über 45-jährigen Arbeitskräfte beträchtlich steigen wird. Für die Politik der kommenden Jahr(zehnt)e werden daher zwei Ziele zentral sein: zum einen eine massive Verbesserung der Erwerbschancen, d.h., der Bereitschaft der Unternehmen, ältere Personen auch tatsächlich zu beschäftigen und zum anderen für den Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit einer immer älter werdenden (Erwerbs)bevölkerung Sorge zu tragen: Dies beinhaltet rechtzeitige Maßnahmen sowohl zur Weiterbildung als auch zur Gesundheitsvorsorge. Die Schaffung von Arbeitsplätzen für Menschen über 45 Jahre und insbesondere auch für Menschen über 55 Jahre, wie in den Zielen von Lissabon formuliert wurde, wird die eigentliche Herausforderung der demographischen Entwicklung sein.

Die Erhöhung der Beschäftigungsquoten allein ist jedoch nicht ausreichend. Ebenso wichtig ist es, die Arbeitslosigkeit abzubauen. Es erstaunt mich, dass die EU-Kommission diese Herausforderung in ihrer Mitteilung nicht explizit anspricht. Allein in Österreich fehlen bis zum Beginn des nächsten Jahrzehnts noch 120.000 Arbeitsplätze aufgrund der demographischen Entwicklung und auch nach dem Auslaufen der Übergangsbestimmungen ist jeweils mit einem deutlichen Anstieg des Arbeitsangebots zu rechnen. Was wir brauchen ist ein Wirtschaftswachstum, das über der Arbeitslosigkeitsschwelle liegt – das heißt ein Niveau, ab dem nicht nur die Beschäftigung zunimmt, sondern auch die Arbeitslosigkeit sinkt. In Österreich liegt diese Schwelle nach dem WIFO-Weißbuch „Mehr Beschäftigung durch Wachstum auf Basis von Innovation und Qualifikation“ bei knapp 2,5%.

Die niedrigen Geburtenraten werden immer wieder als die zentrale Größe hervorgehoben, welche die demographischen Verschiebungen bewirkt. Das ist sicherlich richtig, aber nicht alle Länder Europas haben dieses Problem in gleichem Maße: Es ist ganz offensichtlich, dass in den Ländern, wo die Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie besser sind, auch die Geburtenraten deutlich höher sind. Wichtig ist auch, dass die Arbeit mit den eigenen Vorstellungen vereinbar ist, und ein Einkommen garantiert, von dem man selbst und eine Familie auch leben können. Des weiteren möchte ich darauf hinweisen, dass in vielen Ländern Europas trotz niedriger Geburtenraten die Jugendarbeitslosigkeit auf einem unakzeptabel hohen Niveau liegt. Auch in Österreich ist es für Jugendliche vielfach sehr schwer geeignete Ausbildungsplätze zu finden. Wenn es tatsächlich zu wenig Jugendliche gibt, so sollte es doch die Minimalforderung sein, dass die Jugendlichen von heute ausreichende und qualitativ hochwertige Ausbildungsmöglichkeiten bekommen. Für die Ausbildung der Jugend wird definitiv noch immer zu wenig getan.

Mit der heutigen Veranstaltung möchten wir – beginnend mit der Fragestellung: was kann die Demographie und was kann sie nicht – dazu beitragen, wieder etwas mehr Realismus in die Diskussion zu bringen, und auch der Gedanke der sozialen Gerechtigkeit, der bisher oft zu wenig berücksichtigt worden ist, soll wieder mehr Eingang in die Überlegungen finden. Im Vordergrund stehen dabei die Auswirkungen der demographischen Veränderungen auf Arbeitsmarkt und Alterssicherung. Ich danke den Experten für Ihr Kommen, ich danke Ihnen, dass Sie unserer Einladung so zahlreich Folge geleistet haben und wünsche Ihnen eine spannende und anregende Diskussion.

Wolfgang Lutz

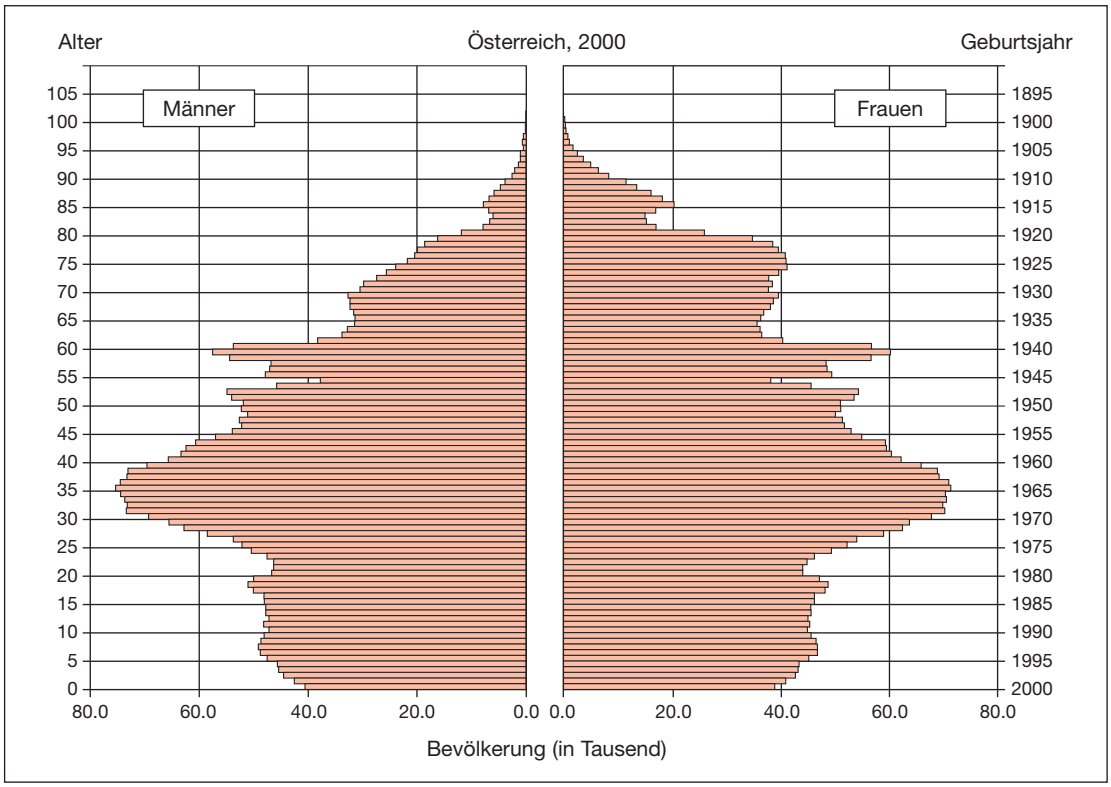
WAS KANN DIE DEMOGRAPHIE…
…UND WAS KANN SIE NICHT?

Gegenstand dieses Vortrags ist es, aus der Sicht des Demographen zu sagen, was wir wissen, was sicher ist und was wir nicht wissen bzw. was unsicher ist. Dies betrifft teilweise die gegenwärtige Situation und die die Bestimmungsgründe der demographischen Veränderungen aber vor allem die zukünftigen Entwicklungen.

Hauptsächlich stellen sich solche Fragen im Zusammenhang mit Prognosen. Nicht nur Statistik Austria sondern viele statistische Ämter revidieren ihre Prognosen in unterschiedlichen Intervallen nach oben oder nach unten. Kurzfristig ist der Hauptgrund dieser Revisionen, dass die tatsächliche Migration von den zugrundegelegten Annahmen abweicht, mittelfristig und langfristig wirken sich aber auch Abweichungen von den Annahmen hinsichtlich der Geburtenrate und der Lebenserwartung auf die Bevölkerungsentwicklung stärker aus.

Was wir noch am sichersten wissen sind die aktuellen Bevölkerungszahlen und deren Altersverteilung. In manchen Ländern ist auch das nicht so genau bekannt: gerade in Entwicklungsländern sind Volkszählungen und vor allem die Altersangaben mit Vorsicht zu genießen. Aber in den europäischen Ländern einschließlich Österreich gehen wir davon aus, dass zumindest diese Fakten ziemlich unumstößlich sind.

Alterspyramide Österreich 2000



Quelle: Institut für Demographie in Wien

Abbildung 1

Abbildung 1 zeigt die Alterspyramide Österreichs: die linke Skala gibt das Alter an von 0 bis 105 Jahren und die rechte Skala die Geburtsjahrgänge, also in welchem Jahr diese Personen geboren sind. Die rechte Hälfte stellt die Frauen dar und die linke die Männer. Eine solche Alterspyramide ist eigentlich ein Geschichtsbuch der österreichischen Entwicklung. Ganz oben sieht man die Geburtenjahrgänge um den 1. Weltkrieg, und von 1914 bis 1918 ist der Einbruch, da gab es weniger Geburten. Die Tatsache, dass es soviel mehr Frauen in den älteren Jahrgängen gibt als Männer, geht nicht nur auf die höhere weibliche Lebenserwartung zurück sondern auch auf die Kriegsverluste des 2. Weltkriegs (in älteren Bevölkerungspyramiden sieht man auch noch die Kriegsverluste des 1. Weltkriegs). Nach der Weltwirtschaftskrise gab es dann rückläufige Geburtenraten in den 30er-Jahren und um das Jahr 1940 den sogenannten kleinen „Nazi-Baby-Boom“, welcher durch die stark pronatalistische Politik der Nationalsozialisten bewirkt wurde. Nach dem 2. Weltkrieg gab es wieder einen Einbruch. Danach dann das Phänomen, welches unsere Altersstruktur wirklich dominiert, der sogenannte Baby-Boom der 60er-Jahre, das sind die geburtenstarken Jahrgänge zwischen 1960 und 1970. Es wurde schon vielfach erwähnt, dass sich die Relation zwischen der Zahl der Erwerbstätigen und der Zahl der Pensionisten relativ rasch verändern wird, wenn diese Jahrgänge ins Pensionsalter kommen. 2010 ist da sicher zu früh gegriffen, weil das ein Pensionsantrittsalter von etwa 50 Jahren bedeuten würde. Tatsächlich werden diese besonders starken Geburtsjahrgänge erst ab etwa 2020 beginnen, in Pension zu gehen. Weiter unten sieht man dann den Geburtenrückgang in zwei Wellen: die erste in den 70er-Jahren und die zweite in den 90er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts.

Demographische Prognosen sind etwas einfacher zu handhaben als ökonomische oder gar meteorologische, in welche jeweils eine Vielzahl von Faktoren einfließen müssen. Die zukünftige Bevölkerungsgröße und -struktur werden hingegen nur durch drei Faktoren beeinflusst.

Die Ausgangslage, Gesamtbevölkerungszahl sowie die zahlenmäßige Besetzung der einzelnen Altersgruppen, ist gegeben und die Geburten- sowie die Sterberaten sind relativ einfach zu modellieren. Bei gegebenen altersspezifischen Geburtenraten kommt im Alter Null eine bestimmte Zahl an Menschen hinzu, und mittels der Sterbetafeln kann man bestimmen wie viele Männer und Frauen in jeder Altersgruppe als verstorben abgezogen werden müssen, die anderen werden ein Jahr älter.

Durch diese zwei Faktoren wird die Bevölkerungsentwicklung für die Welt bestimmt; für die Welt als Ganzes gibt es keine Ein- und Auswanderungen. Bei der Prognose nationaler Bevölkerungsentwicklungen ist es aber gerade die Migration, bzw. der Saldo aus Zu- und Abwanderungen, welcher kurzfristig am stärksten variiert, und auch mit wissenschaftlichen Methoden nicht leicht in den Griff zu bekommen ist. Die Migration wird sehr stark durch unvorhersehbare Ereignisse (z.B. Flüchtlingsströme) beeinflusst und auch die Politik hat hier Gestaltungsmöglichkeiten. Viele Prognosefehler und Prognoserevisionen gehen daher auf Fehleinschätzungen der zukünftigen Nettozuwanderung zurück.

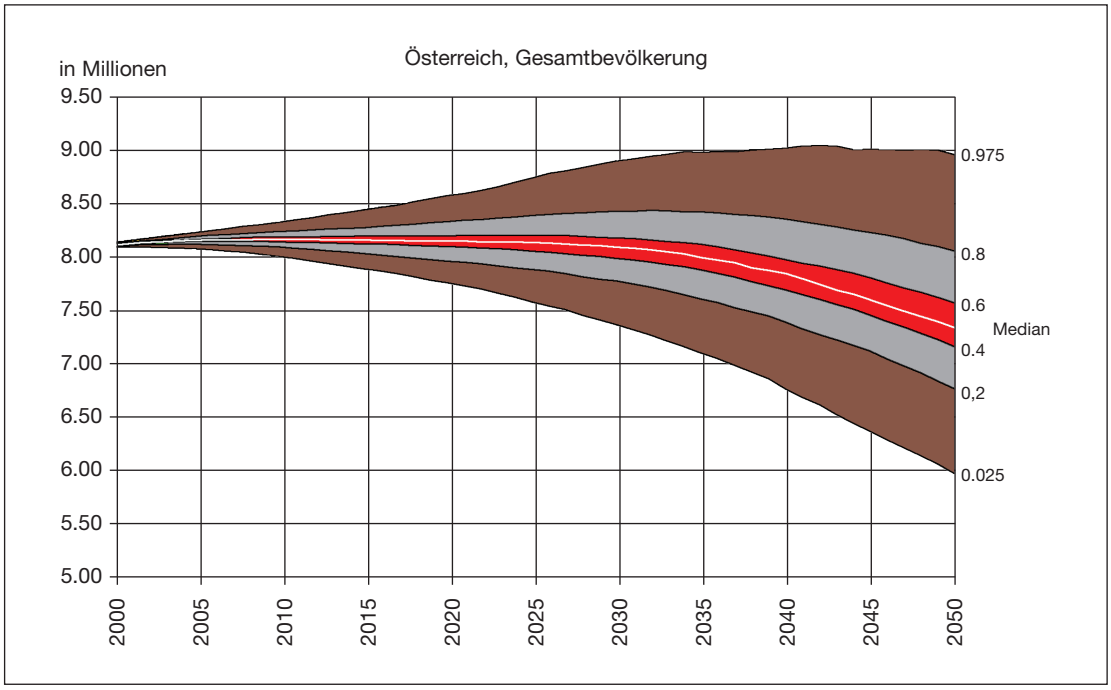
Zusammenfassend kann gesagt werden: Kurz- und mittelfristig ist die Entwicklung der Bevölkerung durch die Altersstruktur des Ausgangsjahres zum Großteil vorbestimmt. Die meisten Menschen sind schon da und werden jedes Jahr um ein Jahr älter, das heißt die Alterspyramide verschiebt sich jährlich um eine Stufe nach oben. Die Veränderungen durch Fertilität, Mortalität und Nettozuwanderung sind nur Veränderungen am Rande. Längerfristig, d.h. bis

zur Mitte des Jahrhunderts und danach hat hingegen die Fertilität den größten Einfluss, weil sie auch einen Multiplikatoreffekt hat: bei höheren Geburtenraten gibt es in der Zukunft auch mehr potentielle Eltern, welche dann wiederum mehr Kinder haben usw. Langfristig hat die Nettozuwanderung einen geringeren Einfluss als kurzfristig und die Mortalität verändert sich von den drei Einflussfaktoren am langsamsten.

Es ist auch wichtig zu betonen, dass demographische Entwicklungen nur zum Teil Schicksal sind. Kurz- und mittelfristig stimmt es großteils, dass man sich den Gegebenheiten nur anpassen kann, aber je weiter man in die Zukunft schaut, umso weniger ist diese Betrachtungsweise richtig. Es gibt einen Gestaltungsspielraum. Bei der Lebenserwartung wollen alle, dass sie steigt. Aber vor allem bei der Migration und bei den Geburtenraten gibt es Möglichkeiten der politischen Einflussnahme.

Aufgrund dieser Unsicherheiten von Prognosen ist es auch durchaus problematisch zu sagen, die Bevölkerung werde im Jahr 2050 so und so groß sein oder die Personen im erwerbsfähigen Alter 2030 so und so viele sein. Das ist dann günstigstenfalls ein „best guess“, also eine bestmögliche Vermutung. So ein Ergebnis ist zwar wahrscheinlich aber in keiner Weise sicher.

Entwicklung der Bevölkerungszahl bis 2050
Probabilistische Bevölkerungsprognose



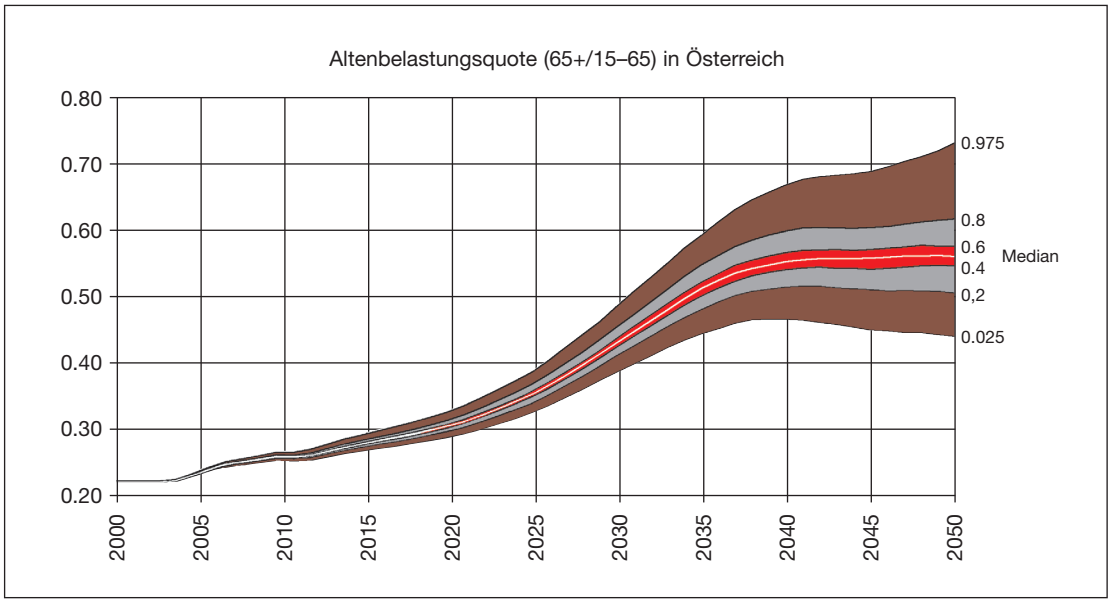
Quelle: Institut für Demographie in Wien

Abbildung 2

Bei einer probabilistischen Bevölkerungsprognose wird versucht, diese Unsicherheiten quantitativ abzuschätzen und für die zukünftige Entwicklung Wahrscheinlichkeiten abzustecken. Abbildung 2 zeigt, wie der Wahrscheinlichkeitsbereich mit der Zeit breiter wird. Der weiße Pfad in der Mitte ist der Median, welcher den Wahrscheinlichkeitsbereich in zwei Hälften teilt. Der rote Bereich gibt die wahrscheinlichsten 20%, der graue die wahrscheinlichsten 60% und der braune Bereich die wahrscheinlichsten 95% wider. Im 95% Bereich gibt es somit bereits für das Jahr 2030 ein Spektrum, welches von einer Abnahme auf unter 7,5 Millionen bis zu

einer Zunahme auf knapp 9 Millionen reicht. Generell wird angenommen, dass langfristig, also ab 2030, die Gesamtbevölkerung zu sinken beginnt. Aber es kann durchaus sein, dass wir weiterhin aufgrund von Zuwanderung einen der höheren Pfade haben werden, und auch bis Mitte des Jahrhunderts nicht unter die 9 Millionen sinken.

Entwicklung der demographischen Altenbelastungsquote (65+/15–65) bis 2050
Probabilistische Bevölkerungsprognose



Quelle: Institut für Demographie in Wien

Abbildung 3

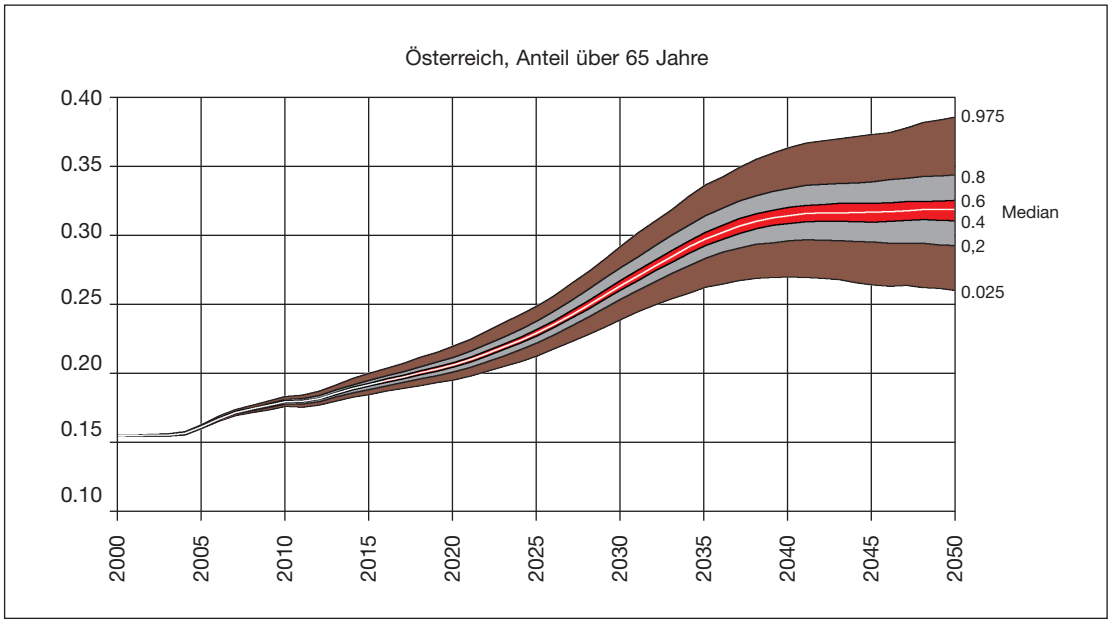
Abbildung 3 zeigt die Bandbreite der zukünftigen Entwicklung der so genannten Altenbelastungsquote in Österreich. Es handelt dabei um eine Verhältnisgröße zweier Altersgruppen: die Zahl der Personen im Alter von 65 und darüber dividiert durch die Personen im Alter von 15 bis 64. Die 15- bis 64-Jährigen stellen die hypothetisch mögliche Erwerbsbevölkerung dar, obwohl natürlich ein Teil dieser Personengruppe noch in Ausbildung ist, manche sind arbeitslos und andere sind aus unterschiedlichsten Gründen nicht erwerbstätig. Dennoch zeigt die Relation zwischen diesen beiden Altersgruppen zumindest den demographischen Aspekt einer Veränderung der Altersstruktur. Momentan liegt der Altenbelastungsquotient ungefähr bei 23%, also für einen im Pensionsalter über 65 gibt es ungefähr vier Personen im hypothetischen Erwerbsalter von 15 bis 64 Jahren.

Durch die bereits vorgegebene Altersstruktur der beteiligten Personengruppen gibt es in den nächsten 20 Jahren für diese Kennzahl wenig Unsicherheit: Der braune Bereich ist sehr eng und die Altenbelastungsquote wird sich mit hoher Wahrscheinlichkeit mehr als verdoppeln, von 23% auf etwas unter 50%, so, dass dann noch 2 im Erwerbsalter stehende Menschen auf eine Person über 65 Jahren kommen. Danach wird auch die Bandbreite der möglichen Entwicklungen dieser Kennzahl größer.

Ganz ähnlich das Bild, wenn man statt des komplexen Quotienten den Anteil der über 65-jährigen Menschen an der Gesamtbevölkerung anschaut: Dieser wird von derzeit ungefähr 16% wahrscheinlich auf über 30% steigen. Wenn die Lebenserwartung weiter deutlich steigt, kann es sein, dass sich der Anteil bis 2050 den 40% nähert und wenn in dieser Hinsicht die

Entwicklung des Anteils der über 65-Jährigen an der Gesamtbevölkerung bis 2005

Probabilistische Bevölkerungsprognose



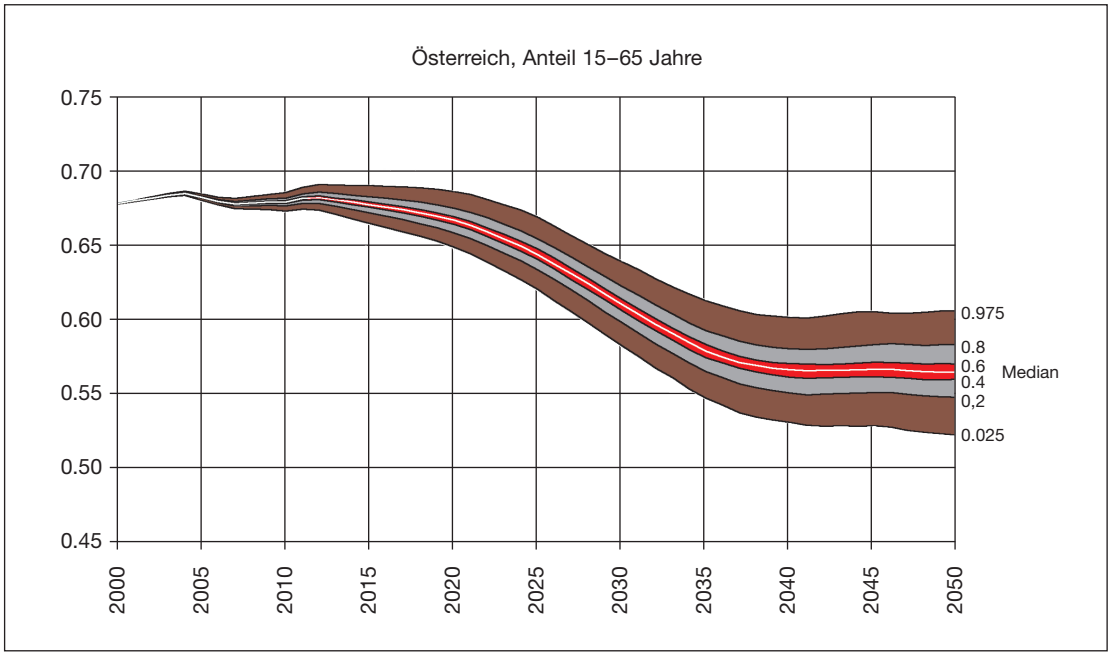
Quelle: Institut für Demographie in Wien

Abbildung 4

Pessimisten eher recht behalten, wird er vielleicht bei nur gut 25% der Bevölkerung liegen. Es besteht aber kein Zweifel daran, dass der Anteil der älteren Menschen in unserer Bevölkerung stark zunehmen wird (siehe Abb. 4).

Entwicklung des Anteils der 15- bis 65-Jährigen an der Gesamtbevölkerung bis 2050

Probabilistische Bevölkerungsprognose

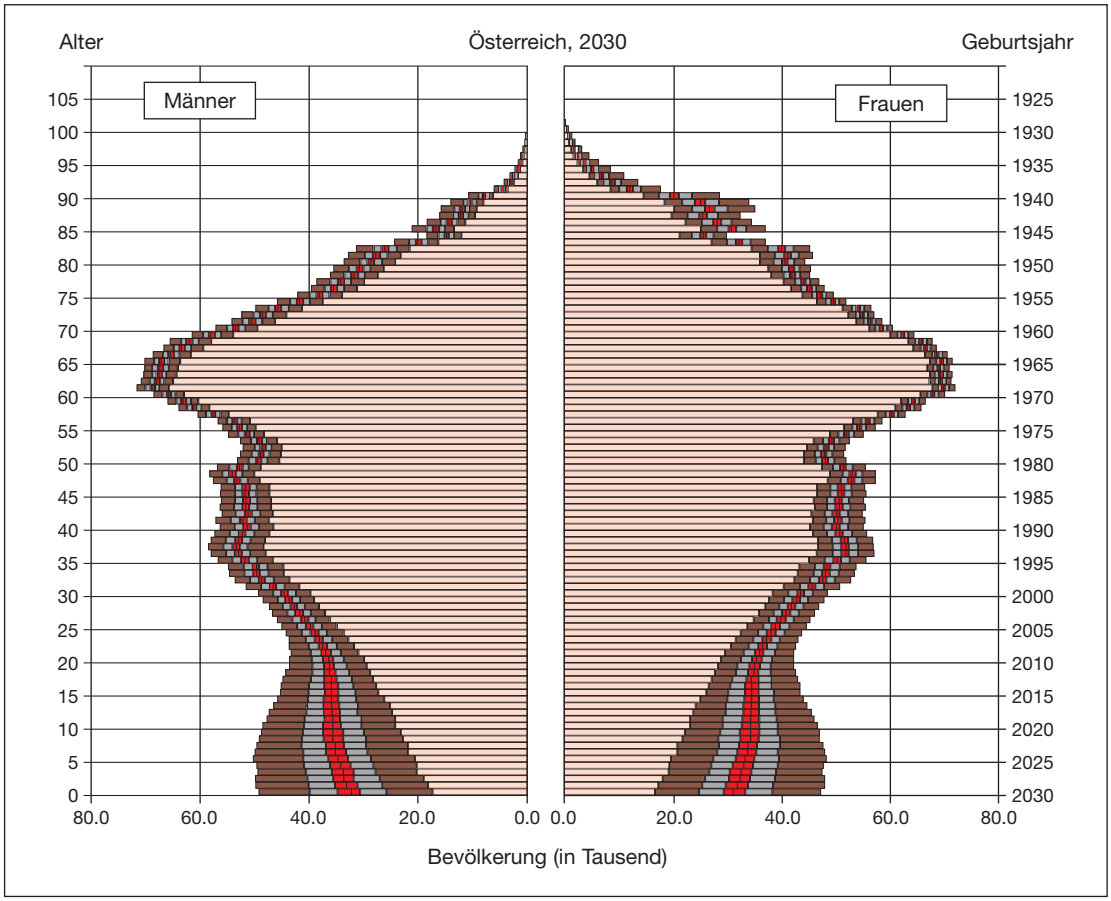


Quelle: Institut für Demographie in Wien

Abbildung 5

Spiegelbildlich dazu wird sich der Anteil der Personen im Erwerbsalter von 15 bis 64 Jahren entwickeln. Ausgehend von derzeit etwas unter 70% wird der Anteil der Personen im Erwerbsalter vor allem ab 2020 durch den Übergang der Baby-Boom-Generation ins Pensionsalter stark zurückgehen, und sich in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre auf einen deutlich niedrigeren Niveau einpendeln (siehe Abb. 5).

Bevölkerung Österreichs im Jahr 2030
Probabilistische Bevölkerungsprognose



Quelle: Institut für Demographie in Wien

Abbildung 6

Abbildung 6 zeigt einen Versuch die besprochenen Unsicherheitsfaktoren den Altersgruppen entsprechend in einer probabilistischen Alterspyramide für das Jahr 2030 zusammenzufassen. Auch hier wird das Bild nach wie vor von der großen Baby-Boom-Generation dominiert, welche in den 60er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts geboren wurde und im Jahr 2030 zwischen 60 und 70 Jahre alt sein wird. Sie ist dann immer noch mit Abstand die größte Altersgruppe und wird auch noch im Jahr 2050 mit über 80 Jahren die größte Altersgruppe sein. Die braune Fläche zeigt das 95% Unsicherheitsintervall; der rote Bereich ist der wahrscheinlichste (Errechnet vom Institut für Demographie der ÖAW).

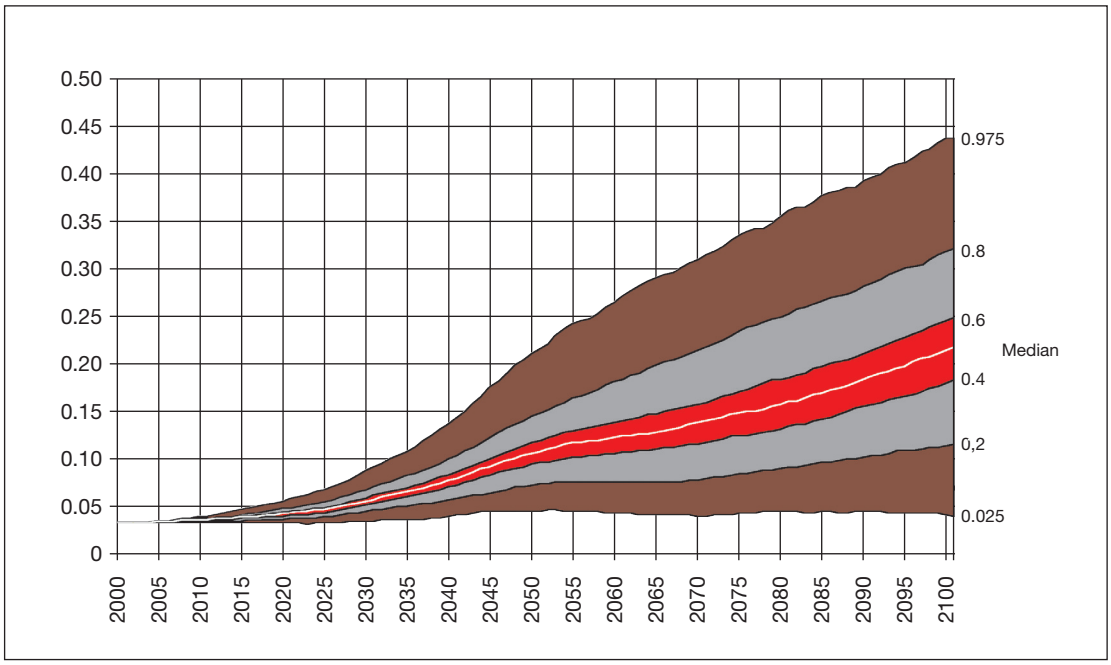
Diese Graphik ist auch ein gutes Beispiel um zu zeigen, was wir eher sicher wissen und wo die Unsicherheiten liegen. Am größten ist die Unsicherheit hinsichtlich der Zahl der zukünftigen Kinder, die Streuungsbreite ist ganz am Fuß der Pyramide am größten. Wir wissen nicht genau, wie die Geburtenrate sein wird, und wegen der Zuwanderung ist auch die Zahl der

potentiellen Eltern unsicher. Aussagen, wie viele Plätze in Kindergärten, Volksschulen etc. wir im Jahr 2030 brauchen werden, sind somit besonders schwierig.

Bei der Bevölkerung über 30 Jahren ist der Unsicherheitsbereich geringer. Diese Menschen sind bereits geboren, unsicher ist aber dennoch die Nettozuwanderung: Der Unsicherheitsbereich zwischen dem Alter von 30 Jahren und etwa bis 55 oder 60 Jahren ist der Immigrationsunsicherheitsbereich. Am geringsten ist die Unsicherheit bei den Personen im Pensionsantrittsalter, also um die 60. Auch bei dieser Personengruppe ist für Österreich die Zahl bekannt, sie befinden sich jetzt bereits außerhalb des typischen Migrationsalters und es handelt sich nicht um eine Altersgruppe, bei der die Unsicherheit hinsichtlich der Lebenserwartung stark zum Tragen kommt. Dies ist vielmehr bei den über 80-Jährigen der Fall. Bei den wirklich Hochbetagten ist die Entwicklung der Sterblichkeit der entscheidende Faktor für eine Abschätzung der zukünftigen Bevölkerungszahlen. Es gibt sehr unterschiedliche Einschätzungen, wie sich die Sterblichkeit bzw. die Lebenserwartung in Zukunft entwickeln wird. Früher hat die Wissenschaft geglaubt, dass es so etwas wie eine maximale Lebenserwartung gibt, welche man zunächst bei 70 Jahren ansetzte und dann aber laufend erhöhen musste, um der tatsächlichen Entwicklung Rechnung zu tragen. In den letzten Jahrzehnten hat die Lebenserwartung fast linear zugenommen und zwar um zwei bis drei Jahre pro Jahrzehnt ohne Anzeichen einer Abflachung des Trends. Die Lebenserwartung ist jetzt bei über 80 Jahren und in den letzten Prognosen haben sowohl die UNO wie auch Statistik Austria die Annahme einer maximalen Lebenserwartung aufgegeben: Es wird eine weitere Zunahme angenommen, allerdings eine abgeschwächte, sodass es nicht mehr 2 bis 3 Jahre pro Jahrzehnt sein werden sondern nur noch anderthalb. Es gibt sogar Optimisten die sagen, wenn es überhaupt eine maximale Lebenserwartung gibt, dann liege diese jenseits von 115 Jahren und das berücksichtige auch noch gar nicht die modernen gentechnischen Möglichkeiten in die Alterungsprozesse unserer Zellen einzugreifen, da ist man dann aber bald schon im Bereich von Science Fiction. Es gibt andererseits aber auch ernst zu nehmende Wissenschaftler die sagen, dass es Anzeichen gibt, dass die Entwicklung der Lebenserwartung abflacht. Der Gesundheitsstatus der jüngeren Menschen ist teilweise besorgniserregend, Übergewicht und auch das Rauchverhalten spielen hier eine Rolle aber auch aus anderen medizinischen und genetischen Gründen kann die Lebenserwartung nicht unendlich steigen. Letztlich muss man sagen, dass die Argumente sowohl der Optimisten wie auch der Pessimisten verständlich sind, und es sich um einen Bereich handelt, wo die Wissenschaft nicht schlüssig sagen kann,wie es weitergehen wird.

Um zu veranschaulichen, welche Konsequenzen unterschiedliche Annahmen hinsichtlich der Lebenserwartung haben können, ist in Abbildung 7 der Zeithorizont etwas weiter gefasst, nämlich bis zum Jahr 2100 und die Daten für ganz Westeuropa zusammengenommen worden. Wenn die Pessimisten (hinsichtlich der weiteren Entwicklung der Lebenserwartung) recht behalten, wird sich der Bevölkerungsanteil der über 80-Jährigen von derzeit ungefähr 3% bis zum Ende des Jahrhunderts auf höchstens 6% verdoppeln aber nicht deutlich steigen. Wenn man hingegen zu den Optimisten gehört, die ein ungebrochenes Weitersteigen der Lebenserwartung annehmen, dann wird unsere Gesellschaft zum Ende des Jahrhunderts wirklich eine grundsätzlich andere sein, dann wird mehr als ein Drittel der Gesamtbevölkerung älter als 80 Jahre sein, was gegenüber heute doch eine massive Veränderung bedeuten würde. Das geht natürlich nur, wenn diese Menschen dann auch viel gesünder sind als 80-Jährige heute. Wir werden noch am Schluss über die Frage der Gesundheit und Pflegebedürftigkeit im Alterungsprozess sprechen.

Unsicherheitsbereich für den Bevölkerungsanteil der über 80-Jährigen in Westeuropa, 2000–2100

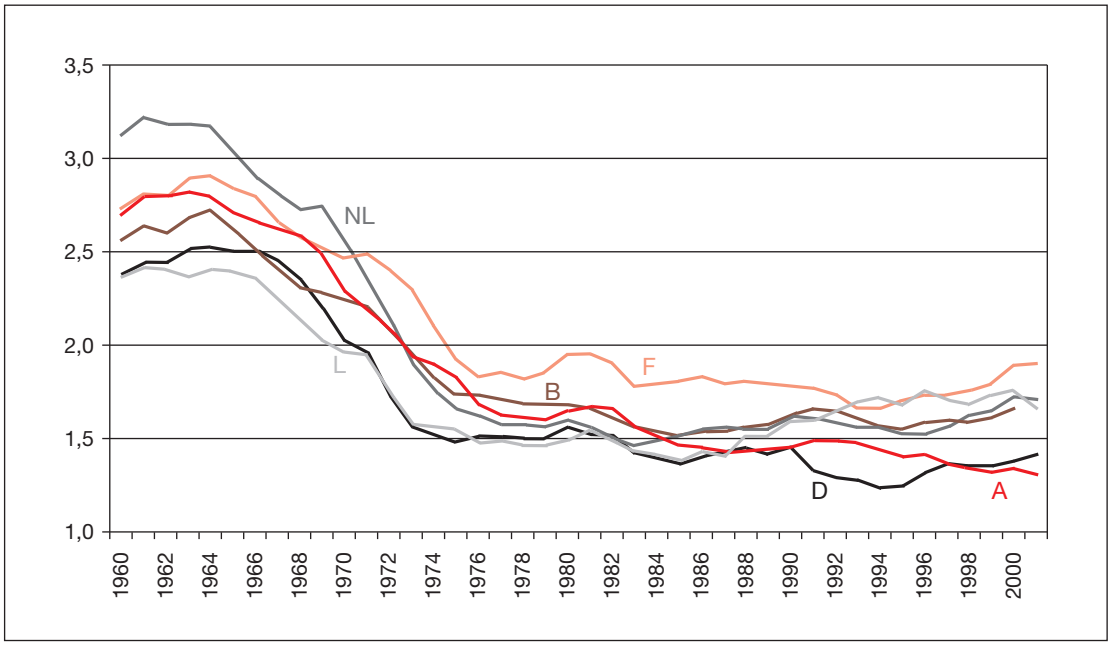


Quelle: Institut für Demographie in Wien

Abbildung 7

Wie schon erwähnt ist die Geburtenrate langfristig der wichtigste Faktor für die Bevölkerungsentwicklung. In Abbildung 8 sieht man die Periodenfertilität für einzelne Länder aus Westeuropa. Bei der Periodenfertilität handelt es sich um die durchschnittliche Kinderzahl pro Frau als Periodenmaßzahl: Für diese Berechnung werden die altersspezifischen Geburtenraten in einem Kalenderjahr addiert. Eine hypothetische Frau durchlebt in einem Kalenderjahr gewis-

Westeuropa, Gesamtfertifilität, 1960–2001

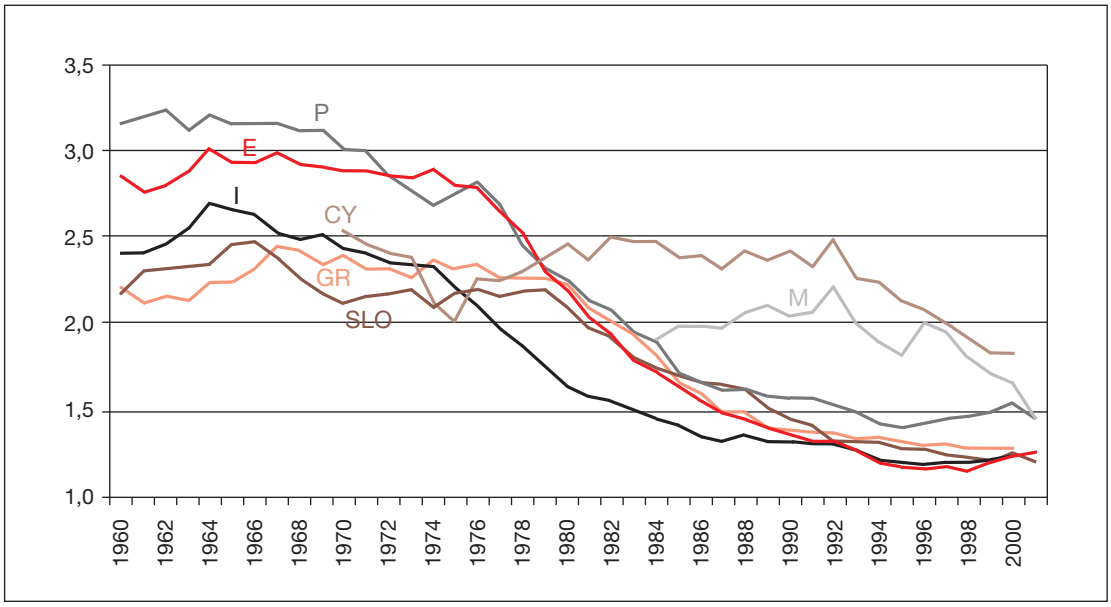


Quelle: Institut für Demographie in Wien

Abbildung 8

sermaßen alle Altersgruppen. Die dargestellten Länder weisen erstaunlich ähnliche Entwicklungsmuster auf: In den sechziger Jahren sieht man den Baby-Boom mit durchschnittlich mehr als 2,5 Kindern pro Frau in Holland sogar über drei und die anschließende steile Abnahme der Geburtenraten in den siebziger Jahren auf weniger als 2 Kinder pro Frau. (Etwas über 2 Kinder wäre die Bestandserhaltungsrate für eine Bevölkerung, damit es wenigstens 2 überlebende Kinder pro Frau gibt). Es zeigen sich aber auch interessante Unterschiede zwischen den westeuropäischen Ländern. Österreich hat, ähnlich wie Deutschland, in aller jüngster Zeit eine der niedrigsten Geburtenraten, während diese in Frankreich noch vergleichsweise hoch ist. Frankreich ist auch das einzige Land in Europa das aus demographischen Gründen seit vielen Jahrzehnten eine explizit pronatalistische Politik durchführt, also eine geburtenfördernde Politik, welche im Steuersystem eine starke Umverteilung von Kinderlosen hin zu größeren Familien durchführt. Heute werden das dritte und das vierte Kind deutlich stärker gefördert als das erste und das zweite, aber so eine Politik ist in den meisten europäischen Ländern nicht durchführbar bzw. wird aus unterschiedlichsten Gründen abgelehnt.

Südeuropa, Gesamtfertifilität, 1960–2001



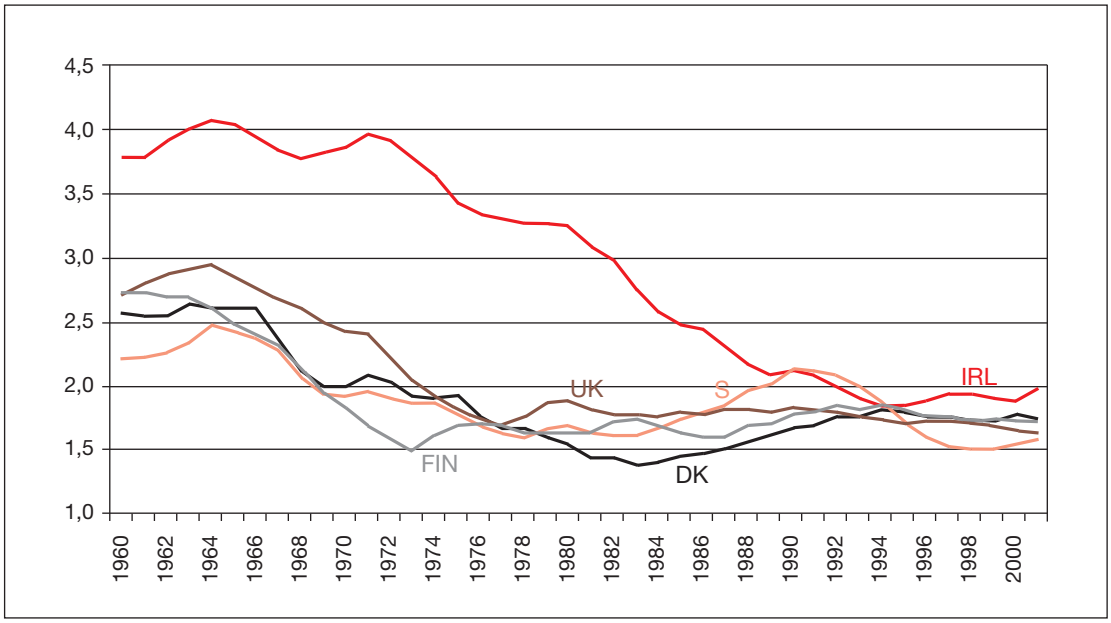
Quelle: Institut für Demographie in Wien

Abbildung 9

In Südeuropa verlief die Entwicklung etwas anders (siehe Abb. 9). Abgesehen von Cypern (und vielleicht Malta) blieb die Geburtenrate in diesen Ländern länger zwischen 2 und 3 Kindern, und begann erst in den achtziger Jahren zu sinken. Diese Länder waren also in der Entwicklung etwa 10 Jahre hinter den westeuropäischen Ländern zurück. In den achtziger Jahren sieht man dann aber einen ähnlich steilen Rückgang in Spanien, Portugal, Griechenland, Italien und Slowenien, wie man es in Westeuropa in den siebziger Jahren gesehen hatte, und die Geburtenraten sinken sogar noch tiefer. Italien hat eine der niedrigsten Geburtenraten überhaupt in der Welt und auch in Spanien ist es nicht viel anders. Da stellt sich natürlich die Frage, wie das möglich ist, in den traditionellen, katholischen Ländern, die überdies so familienfreundlich sind. Es dürfte jedoch gerade dieses vorherrschende traditionelle Familienbild sein, welches die jungen Frauen zwingt eine Entscheidung zu treffen: Entweder folgen sie dem Familienbild, verzichten auf eine berufliche Laufbahn und bleiben zu Hause bei ihren Kindern oder sie nutzen die neuen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten der Teilnahme am

Arbeitsmarkt und müssen dann gerade auch aufgrund dieser traditionellen Normen auf Kinder (zumindest vorläufig) verzichten. Auf das Verschieben des Kinderwunsches, und die sich daraus ergebenden Konsequenzen wird etwas später noch eingegangen werden; jedenfalls ist es ist es ein Phänomen, das wir in Westeuropa und Südeuropa zurzeit erleben. Was ursprünglich paradox wirkt, dass die konservativsten katholischen Länder (oder orthodoxen im Fall Griechenlands) die niedrigste Geburtenraten haben, wird durchaus logisch, wenn man sich überlegt, was junge Frauen in diesen Ländern für Entscheidungen treffen müssen.

Nordeuropa, Gesamtfertifilität, 1960–2001



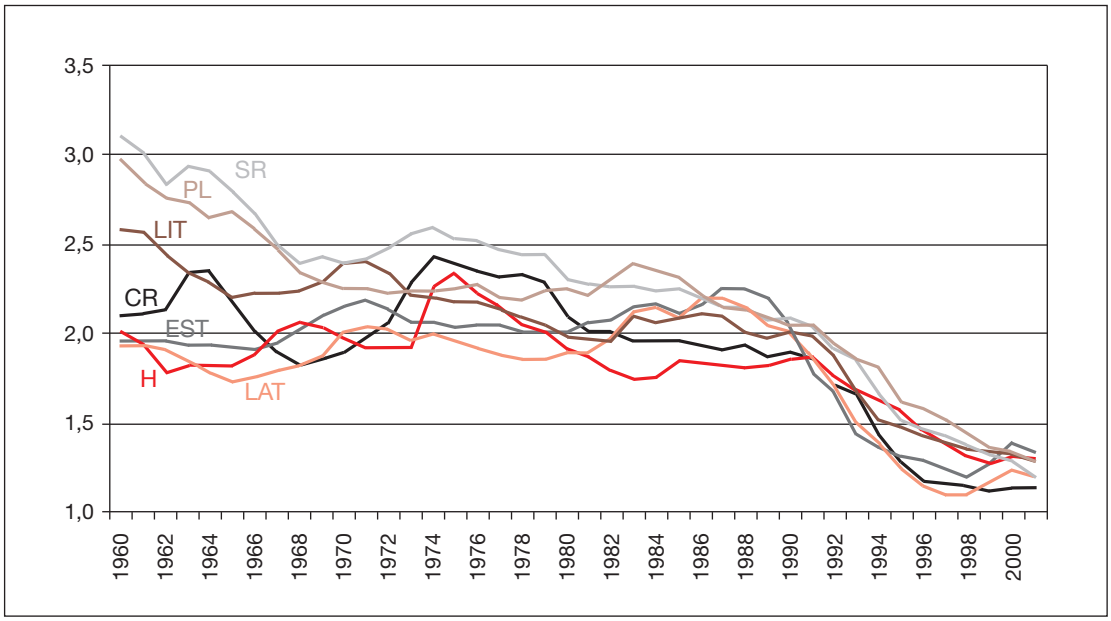
Quelle: Institut für Demographie in Wien

Abbildung 10

Als letzte Ländergruppe sieht man in Abbildung 10 Nordeuropa, wobei Irland in den folgenden Ausführungen außer Betracht bleiben wird; dieses Land hatte in den sechziger Jahren mit zeitweise über 4 eine extrem hohe Fertilität und ist erst in den letzten Jahren sozusagen dem europäischen Mainstream beigetreten. Schweden, Finnland und Dänemark hatten auch, ähnlich wie die Länder Westeuropas, in den siebziger Jahren einen Rückgang der Fertilität aber nicht so ausgeprägt. Die nordischen Länder liegen heute in der Regel nur knapp unter zwei Kindern pro Frau. Dort ist bereits seit den siebziger Jahren für junge Frauen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie leichter, es gibt sehr gute Kinderbetreuungseinrichtungen, Ganztagsschulen etc.

Auch diese Länder waren in den sechziger Jahren mit Arbeitskräftemangel konfrontiert, haben aber teilweise einen anderen Weg eingeschlagen als beispielsweise Deutschland oder Österreich. Während man in diesen Ländern das Problem eher mithilfe von Gastarbeitern lösen wollte, entschied man sich in Skandinavien, dafür die Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt stärker zu fördern. Die Bildungsvoraussetzungen waren schon gegeben und es wurden Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur (Kinderbetreuung etc.) gesetzt. In Österreich und Deutschland (aber auch anderen Ländern) wurde diese Entwicklung eher zögerlich angegangen, weil man besorgt war, dass sich die Kultur zu stark verändern könnte. Inzwischen haben die skandinavischen Länder bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie einen Entwicklungsvorsprung von ein bis zwei Jahrzehnten.

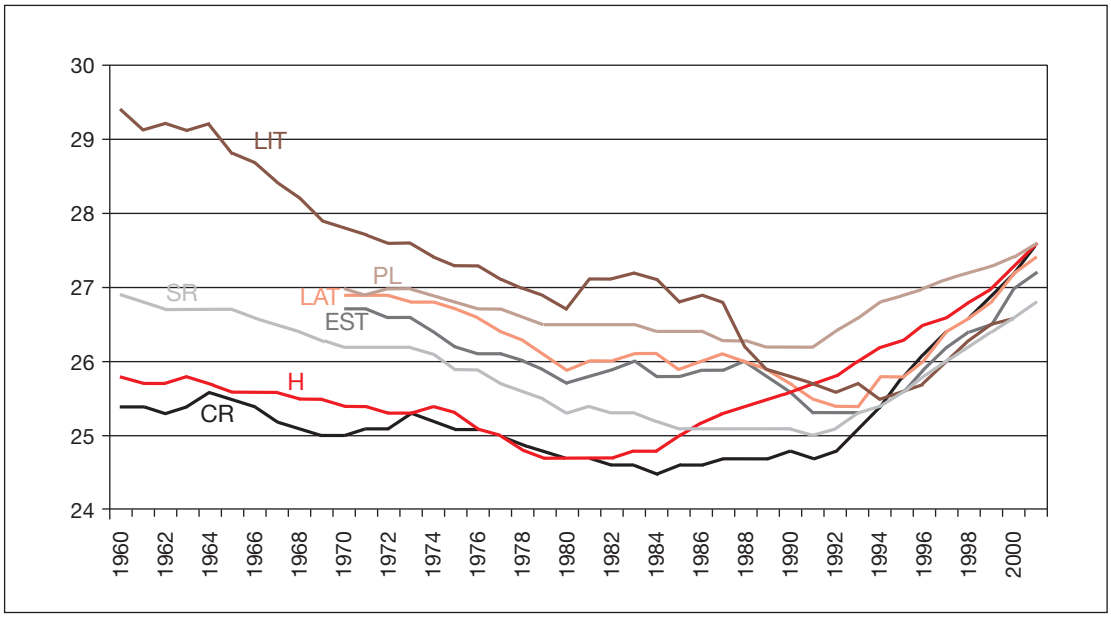
Mittel-Osteuropa, Gesamtfertifilität, 1960–2001



Quelle: Institut für Demographie in Wien Abbildung 11

Auch die Länder Mittel-Osteuropas sind ein interessanter Fall (siehe Abb. 11). Bis 1990 waren die Geburtenraten dort deutlich höher als in den anderen Teilen Europas, sogar höher als in Nordeuropa. Die kommunistischen Regime haben zwar vieles nicht gekonnt, aber die soziale Unterstützung für Eltern hat dort gut funktioniert. Es war beispielsweise in der DDR für Frauen deutlich leichter als in Westdeutschland Beruf und Kinder zu vereinbaren und Familien mit Kindern wurden auch bei der Wohnungsvergabe sehr bevorzugt. Vertrauen in die Zukunft, und darauf, dass die Kinder auch in 10 oder 20 Jahren noch die nötige Unterstützung haben werden ist für junge Eltern das Wichtigste und dieses Vertrauen ist dort nach 1990 verschwunden: Alles, was die Menschen gewohnt waren hat sich verändert, alle Sicher-

Mittel-Osteuropa, Geburtsalter, 1960–2001

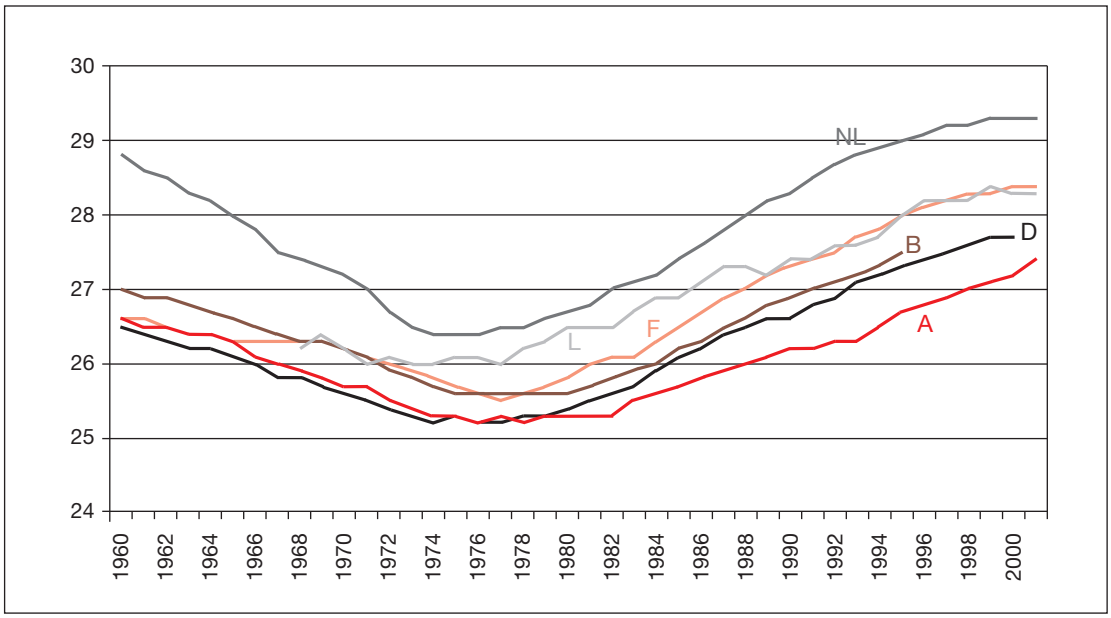


Quelle: Institut für Demographie in Wien Abbildung 12

heiten haben sich aufgelöst, und es kam eine große Marktunsicherheit mit dem vormals unbekannten Risiko der Arbeitslosigkeit. Die jungen Paare haben mit einer Abnahme der Geburtenrate reagiert.

Wie man in Abbildung 12 sieht kam es zunächst zu einem Aufschieben der Geburten. Man sieht, wie das mittlere Alter bei der Geburt ab 1990 deutlich angestiegen ist: Eine logische erste Reaktion nach einer massiven Verunsicherung ist es, zunächst einmal einmal abzuwarten. Später wird aus dem Aufgeschoben aber dann doch oft auch ein Aufgehoben.

Westeuropa, Geburtsalter, 1960–2001



Quelle: Institut für Demographie in Wien

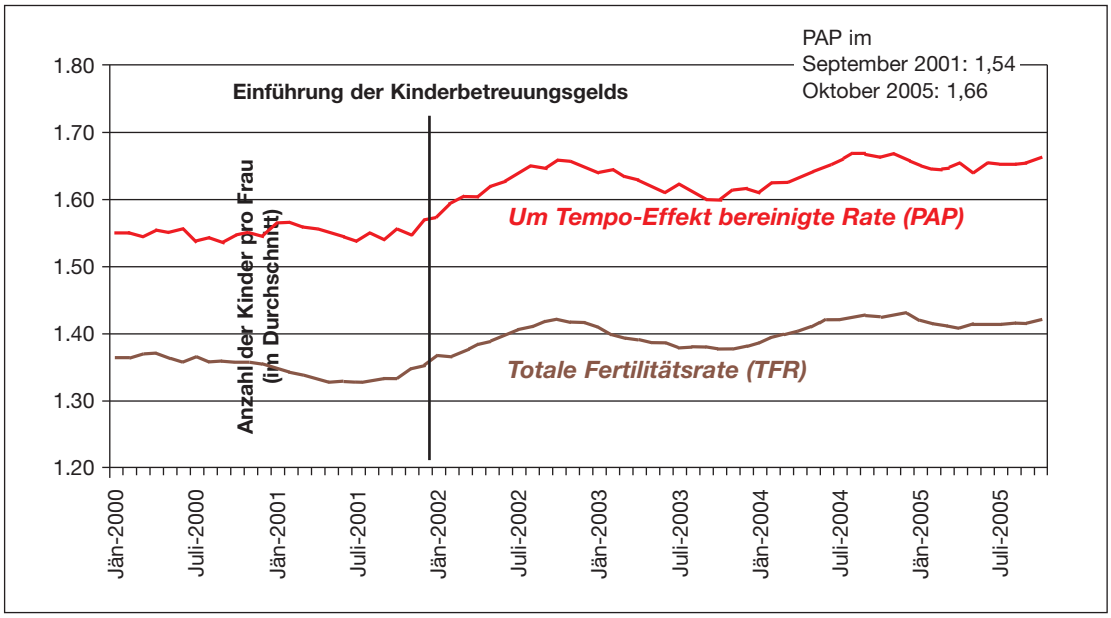
Abbildung 13

In Abbildung 13 sieht man, dass das mittlere Geburtsalter in Westeuropa seit den siebziger Jahren ebenfalls im Steigen ist. Dies ist mit ein Grund für die niedrigen Geburtenraten, welche z.B. deutlich niedriger sind als in den USA. Damit in Verbindung steht auch der sogenannte Tempoeffekt, welcher bei der Berechnung der durchschnittlichen Geburtenraten ein Problem darstellt. Diese Maßzahl reagiert auf den Tempoeffekt sehr sensitiv und ist bei einem Ansteigen des Gebäralters nach unten verzerrt. Für das Geburtenbarometer hat das österreichische Institut für Demographie eine Methode entwickelt, die Zahlen um diese Verzerrung zu bereinigen.

In Abbildung 14 sieht man die monatlichen Geburtenraten als braune Linie die totale Fertilitätsrate oder auch Gesamtfruchtbarkeitsrate, welche in Österreich in den letzten Jahren um 1,4 schwankt. Die rote Linie stellt dann den Versuch dar, den erwähnten Tempoeffekt zu berücksichtigen und quantitativ zu erfassen. Der verzerrende Effekt verringert die Fertilität um etwa ein Zehntel.

In der Graphik ist auch für das Jahr 2002 die Einführung des Kinderbetreuungsgeldes eingezeichnet. Die Auswirkung auf die Geburtenrate ist gerade noch messbar aber eher gering: von 1,34 bis 1,35 im Jahr 2001 kam es zu einem Anstieg auf 1,42 bis 1,43. Der Anstieg ist jedoch später wieder etwas zurückgegangen, auf 1,4 im Jahr 2006.

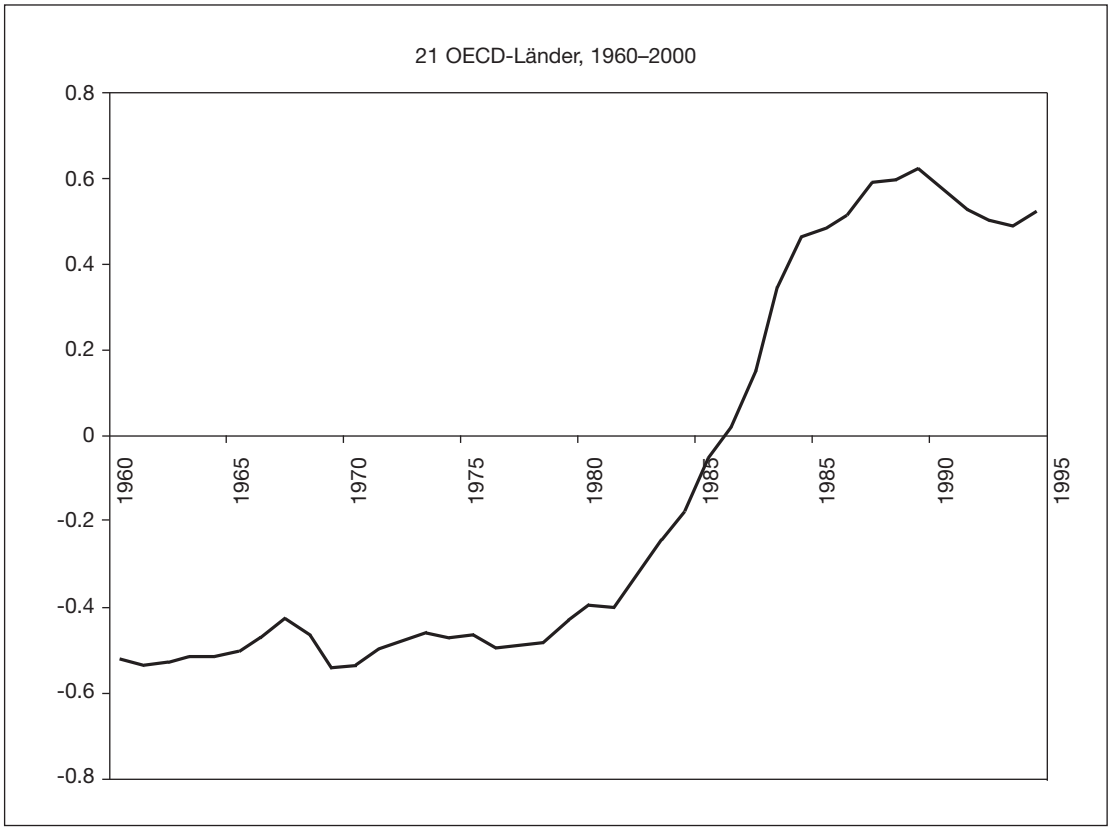
„Geburtenbarometer“ für Österreich



Quelle: Institut für Demographie in Wien — Abbildung 14

Was sind nun die Gründe für die niedrigen Geburtenraten? Abbildung 15 zeigt die Korrelation zwischen Geburtenraten und den Erwerbsquoten der Frauen.

Länderübergreifende Korrelation zwischen gesamter Geburtenrate und weiblicher Erwerbsquote

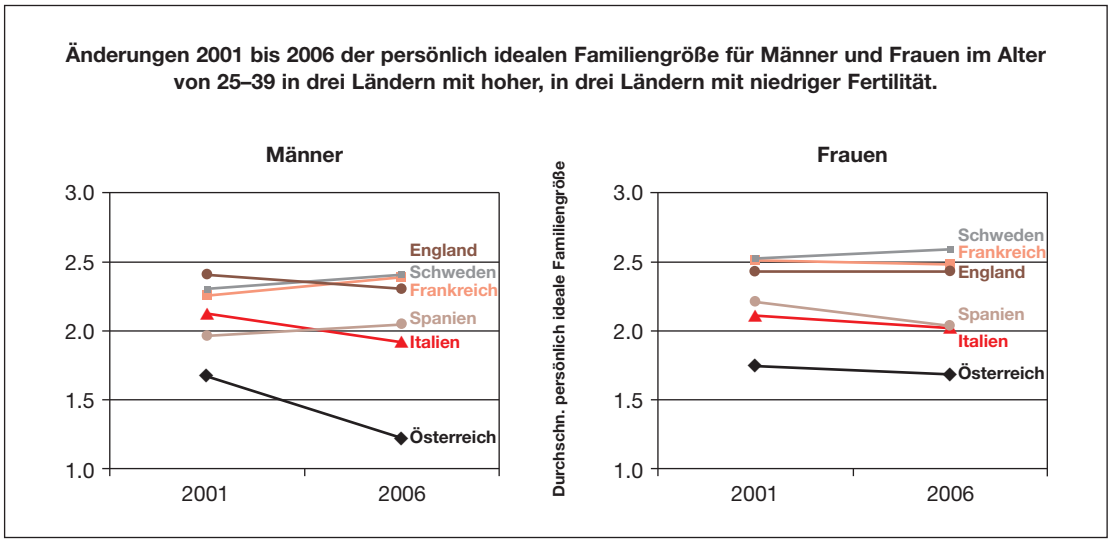


Quelle: Institut für Demographie in Wien — Abbildung 15

Bis in die zweite Hälfte der achtziger Jahre war der Zusammenhang eindeutig negativ. In Ländern, wo die Frauen in höherem Ausmaß erwerbstätig waren gab es auch niedrigere Geburtenraten, danach aber hat sich der Zusammenhang umgedreht. Heute haben gerade die Länder mit der höchsten Erwerbsbeteiligung von Frauen (Skandinavien aber auch Frankreich) auch die höchsten Geburtenraten; das ist eine faszinierende Veränderung dieses Musters in Europa.

Die Frage ist jetzt, wie sich die Geburtenrate in Zukunft entwickeln wird. Die Reproduktion der Bevölkerung war bisher eine selbstverständliche Funktion der Familien, insbesondere auch der Frauen, welche aber ökonomisch ungedankt war. Konrad Adenauer sagte einmal: „Über eines brauchen wir uns überhaupt keine Sorgen machen, Kinder werden die Leute immer haben." Das stimmt inzwischen leider nicht mehr, diese Funktion der Reproduktion wird immer weniger freiwillig erbracht. Wie tief kann die Geburtenrate sinken? Möglicherweise sehr weit. Durch die Entkoppelung von Sexualität und Empfängnis, ist der von der Evolution entwickelte Garant für die Fortpflanzung der Spezies ausgeschaltet. Heute können wir natürlich Sexualität genießen ohne auch gleichzeitig Kinder in die Welt zu setzen. Das heißt aber mit anderen Worten, dass in Zukunft die Reproduktion allein durch Werte und die persönlichen Wünsche in Abwägung der Vor- und Nachteile des Kinderhabens bestimmt sein wird. Die Präferenzen und Normen, welche hier ausschlaggebend sind können sich natürlich im Laufe der Zeit ändern.

Persönlich als ideal angesehene Kinderzahl



Quelle: Institut für Demographie in Wien

Abbildung 16

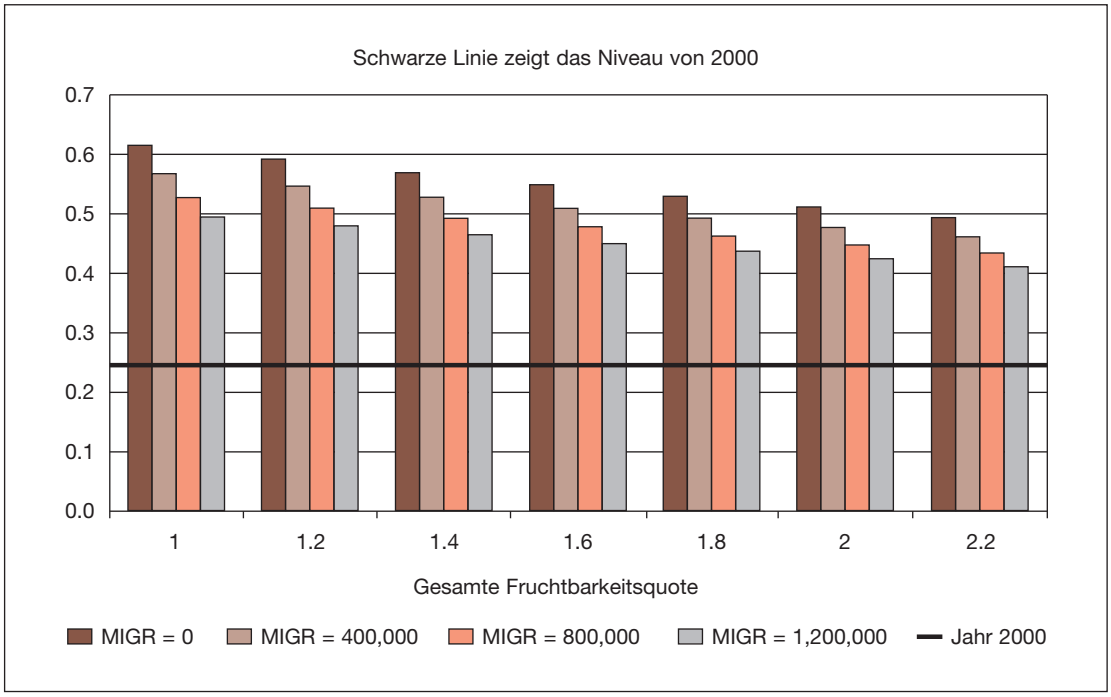
Wenn man die Ergebnisse von Umfragen ansieht, dann scheinen was Kinder anbetrifft, die Nachteile in der Wahrnehmung der jungen Menschen eine immer größere Rolle zu spielen im Gegensatz zu den Vorteilen von Kindern. Bisher hat man angenommen, dass zumindest die als ideal angesehenen Kinderzahlen (die Wunschkinderzahl) stabil bei über zwei Kindern liegt, und dass das Problem nur in der Verwirklichung des Kinderwunsches liegt. Dieses sogenannte „gap" war bisher auch immer der Ansatzpunkt der Politik, hier könnten Regierungen eingreifen, war die Vorstellung. Abbildung 16 zeigt die neueste Eurobarometerstudie, die 2006 durchgeführt wurde. Die Abnahme der idealen Kinderzahl ist deutlich zu erkennen, vor allem

in deutschsprachigen Ländern und Österreich zeigt sogar von allen 25 EU-Mitgliedsländern den niedrigsten Wert. In diesem Punkt sind wir Schlusslicht in der EU25.

Die Hintergründe dieser Entwicklung zu erörtern würde den Rahmen des Vortrags sicherlich sprengen, aber vielleicht ein paar Worte zur demographischen Hypothese der „Low fertility trap“, woran das Institut für Demographie in Wien gerade arbeitet. Es geht darum, dass die niedrige Fertilität zu einer Falle, zu einem stabilen Gleichgewicht werden kann. Die zugrundeliegende Idee besagt, dass sich in Ländern mit höheren Geburtenraten die junge Generation an diesen Normen orientiert und selbst um die zwei oder etwas mehr als zwei Kinder wünscht. In Ländern hingegen, die seit den achtziger Jahren einen deutlichen Rückgang der Geburtenrate zu verzeichnen hatten, da wächst die junge Generation in einem kinderarmen Umfeld auf und Kinder zu haben ist mehr und mehr nicht mehr die natürlichste Sache der Welt, es gehört nicht mehr zum zukünftigen Lebensentwurf. Gerade die Daten für Österreich sind hier durchaus erschreckend, vor allem bei jungen Männern ist die durchschnittlich gewünschte Kinderzahl rapide zurückgegangen: durchschnittlich werden nur 1,3 Kinder als ideal angesehen und ein Drittel der jungen Menschen wollen überhaupt keine Kinder mehr. Die sagen, warum soll ich mir das antun, es sind ja nur Mühen und Belastungen, nicht zuletzt auch finanziell. Der Wunsch nach Kindern scheint in diesen Ländern in Gefahr zu sein, verloren zu gehen.

Diese Problematik müsste man noch sehr viel genauer untersuchen, aber leider ist es in Österreich schwierig, Geld für empirische Untersuchungen und insbesondere für große Stichprobenerhebungen zu bekommen. Der Gender Generation Service wird in fast allen europäischen Ländern durchgeführt, in Österreich – dem Land mit dem niedrigsten Kinderwunsch – wird seit drei Jahren um das Geld gekämpft.

Altenbelastungsquote in 2050 in der EU-15 nach alternativen Szenarien, die ein breites Band von Fertilitäts- und Migrationsannahmen beschreiben

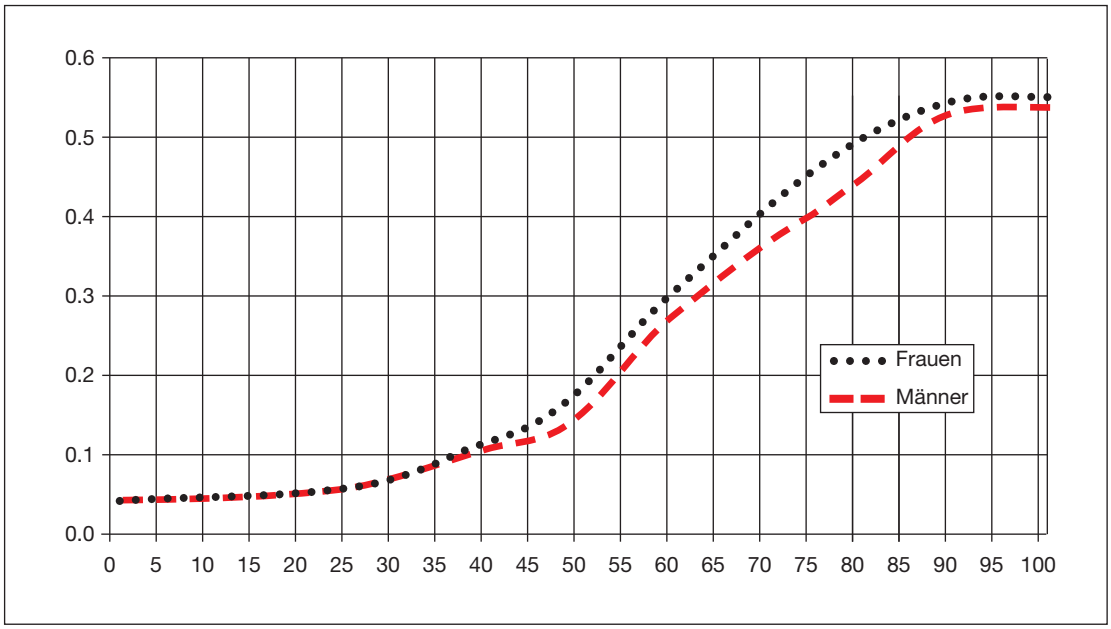


Quelle: Institut für Demographie in Wien

Abbildung 17

Abbildung 17 zeigt, wie die beiden Faktoren Geburtenrate und Zuwanderung die Bevölkerungsentwicklung in Europa insgesamt beeinflussen können. Es gibt sieben Szenarien für die Geburtenrate – zwischen 1 und 2,2 Kindern pro Frau – und die vier Balken zeigen Nettomigrationsszenarien – zwischen 0 und 1,2 Millionen Zuwanderern pro Jahr. Die schwarze Linie zeigt die heutige Altersbelastungsquote von etwa 25% in Europa. Ganz rechts sieht man, dass selbst die Kombination von höchster Geburtenrate und höchster Zuwanderung im Jahr 2050 zu einer deutlich höheren Altenbelastungsquote führen würde, aber natürlich die Kombination von niedrigen Geburtenraten und niedriger Zuwanderung diese Kennzahl noch weiter steigen ließe, ganz links findet sich ein möglicher Extremfall. Es gibt einen gewissen trade-off, eine etwas höhere Geburtenrate entspricht in ihrer demographischen Wirkung gewissermaßen einer etwas höheren Einwanderung. Damit soll gesagt werden, dass dies zwei Schrauben sind, an denen man drehen kann, wenn man die demographische Entwicklung beeinflussen will.

Europäische Union 2000, Anteil von Personen mit Behinderungen nach dem Alter



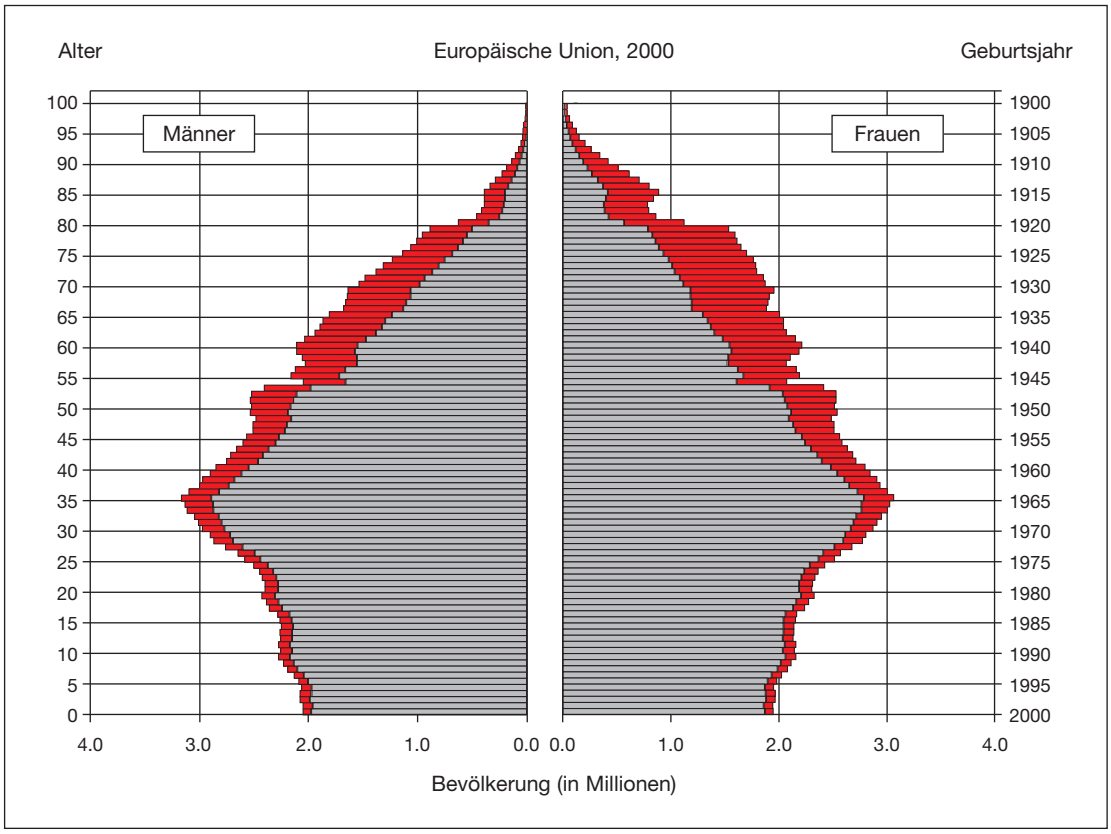
Quelle: Institut für Demographie in Wien

Abbildung 18

Ein sehr wichtiges Thema soll jetzt zum Schluss noch kurz beleuchtet werden, die Pflegebedürftigkeit älterer Menschen. Abbildung 18 zeigt aus empirischen Studien für Europa wie viele Personen im jeweiligen Alter sich in einer Selbsteinstufung als behindert (bzw. als beeinträchtigt) definieren. In diesem Anteil sind sowohl schwere als auch leichtere Behinderungen zusammengenommen. Man sieht hier, dass Frauen in etwas höherem Ausmaß als Männer angeben, gesundheitliche Beeinträchtigungen zu haben. Es ist nicht verwunderlich, dass Behinderungen mit dem Alter zunehmen. Ab einem Alter von etwa 40 nehmen die wahrgenommen Behinderungen steiler zu und bei den 85-Jährigen gibt die Hälfte der Menschen an, dass sie sich in der einen oder anderen Weise behindert fühlen.

Abbildung 19 (zusammen mit den Bildern über das Altern der Bevölkerung) könnte zum Anlass genommen werden, um Horrorszenarien für die künftige Entwicklung zu entwerfen

Europäische Union 2000, Behinderungen und Gesamtbevölkerung



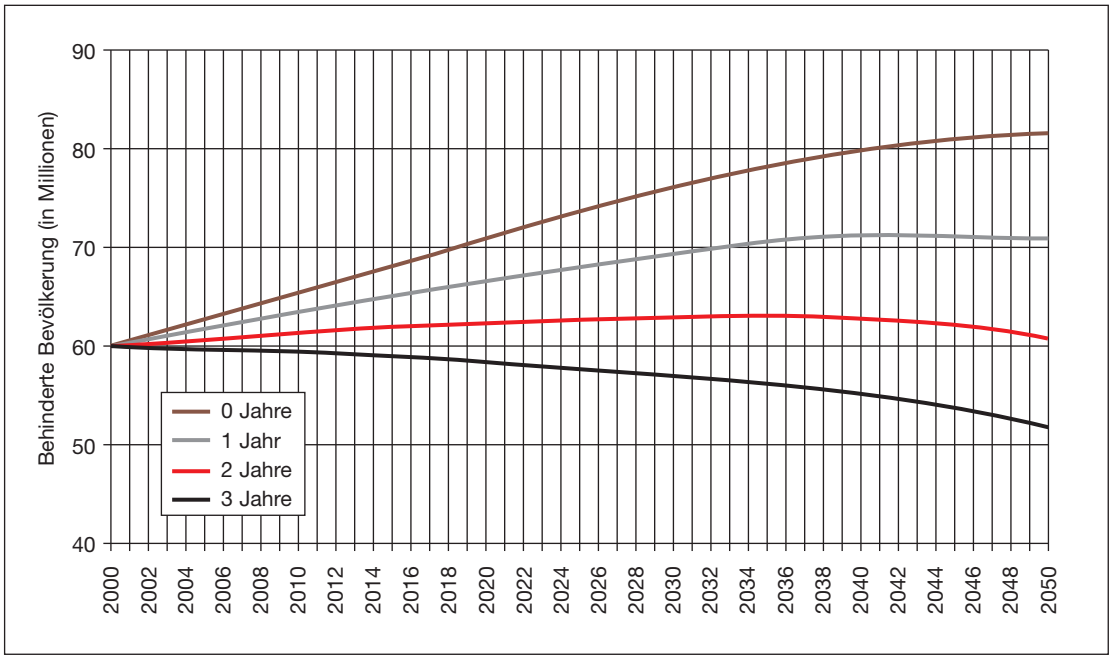
Quelle: Institut für Demographie in Wien

Abbildung 19

und zu unterstellen, dass eine Welle von Pflegefällen auf uns zukommen wird. Das könnte eintreten, wenn die heutige Struktur altersspezifischer Behinderungsquoten bei der Altersstruktur der zukünftigen Bevölkerung unverändert bleiben würde. Man kann aber auch zeigen, dass das nicht unbedingt so sein muss, wenn es uns gelingt die Kurve in Abbildung 18 nur ein wenig nach rechts zu verschieben. Das würde nämlich bedeuten, dass ein bestimmtes Ausmaß an Behinderung bzw. Pflegebedürftigkeit erst in etwas höherem Alter einsetzt. In Abbildung 19 sieht man für Europa im Jahr 2000 die Alterspyramide mit der Gesamtbevölkerung und den Personen mit Behinderungen.

In Abbildung 20 sieht man vier Szenarien für die zukünftige Entwicklung von Behinderungen bzw. Beeinträchtigungen. Die braune Linie, ein mögliches Horrorszenario, ergibt sich, wenn man das heutige Muster, also das heutige Altersprofil der Behinderungen auf die Altersstruktur der Bevölkerung des Jahres 2050 überträgt. Dann gäbe es in der EU tatsächlich eine Zunahme um rund 60 Mio. Personen mit Behinderungen auf dann über 80 Millionen. Wenn sich allerdings die Kurve aus Abbildung 18 nur um ein oder zwei Jahre pro Jahrzehnt nach rechts verschiebt, kann es sein, dass das Problem gar nicht zunimmt und wenn diese Kurve sich um drei Jahre nach rechts verschiebt, werden wir im Jahr 2050 in absoluten Zahlen sogar weniger Menschen mit gesundheitlichen Behinderungen haben, und weniger Pflegefälle. Die kritische Frage ist also, ob sich die Kurve nach rechts verschieben wird. In Europa haben wir leider sehr wenig Daten dazu. In den USA hat sich allerdings in der Tat gezeigt, dass es eine solche Verschiebung um rund 2 bis 3 Jahre nach rechts in den letzten Jahrzehnten gegeben hat. Das heißt, dass ein 80-Jähriger des Jahres 2050 dann etwa so gesund sein wird wie ein 70-Jähriger heute, wenn es eine Verschiebung um 2 Jahre gibt.

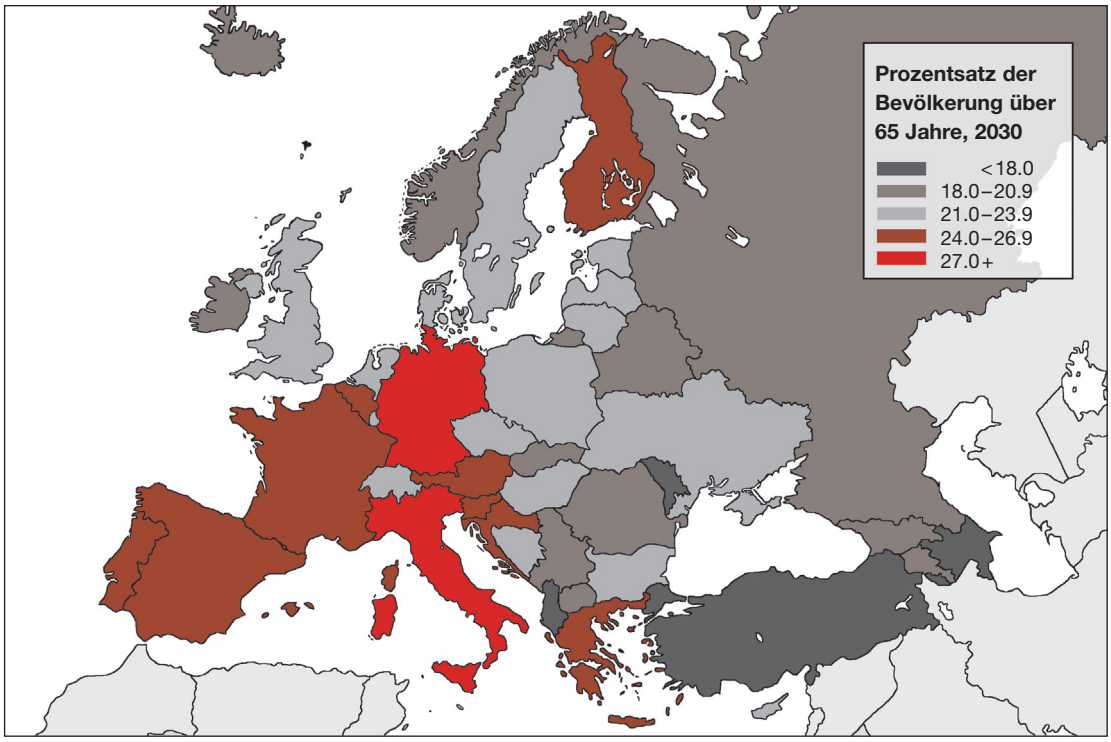
Ergebnisse der vier Alternativszenarien, die das Altersprofil der Personen mit Behinderungen um 0, 1, 2 und 3 Jahre pro Jahrzehnt versetzen



Quelle: Institut für Demographie in Wien Abbildung 20

Die letzte Abbildung (21) soll regionale Unterschiede in Europa verdeutlichen. Es handelt sich um eine Prognose für den Anteil der über 65-Jährigen an der Gesamtbevölkerung im Jahr 2030. Deutschland und Italien sind die am schnellsten alternden Gesellschaften. Österreich

Anteil der Bevölkerung über 65 Jahre, 2030



Quelle: Institut für Demographie in Wien Abbildung 21

ist ein bisschen dahinter, aber nicht weit dahinter. Da der Geburtenrückgang in den osteuropäischen Länder erst nach 1990 einsetzt, ist auch die Alterung der Bevölkerung gewissermaßen zeitlich verschoben. Aber letztlich sitzen alle im selben Boot. Es lohnt sich aber jedenfalls europäisch vergleichende Demographie zu betreiben, es finden sich unterschiedliche Sozialsysteme in den europäischen Ländern, es gibt ein unterschiedliches Timing der demographischen Entwicklungen. Beim Vergleich dieser demographischen Entwicklungen und Sozialsysteme und der Politiken können wir sehr viel darüber lernen, was die best-practice sein könnte und welche Ansätze viel versprechend für die Zukunft sind. Und damit danke ich für Ihre Aufmerksamkeit!

„Wirtschaftswissenschaftliche Tagungen der Arbeiterkammer Wien“
Reihe Band 11

Aspekte kritischer Ökonomie
Gedenkschrift für Erwin Weissel

Markus Marterbauer, Martin Schürz (Hrsg.)

Vorwort

Markus Marterbauer
Arbeitszeitverkürzung: mehr Beschäftigung und Freizeit

Christine Mayrhuber
„Das Preislied auf die Tugend privater Altersvorsorge“

Kurt W. Rothschild
Kapitalismen und Sozialismen

Martin Schürz
Gerechtigkeit in der Eigentümergesellschaft

Gerhard Senft
Wirtschaftspolitik in der Ära Dollfuß/Schuschnigg

Gunther Tichy
Arbeitslosigkeit und Ungleichheit als Determinanten der Lebenszufriedenheit

Bibliographie Erwin Weissel

Wien 2007, 97 Seiten, € 15,–

Bestellungen bei: LexisNexis Verlag ARD Orac, A-1030 Wien, Marxergasse 25
Tel. 01/534 52-0, Fax 01/534 52-140, e-mail: verlag@lexisnexis.at

Gerd Bosbach

DEMOGRAPHISCHE ENTWICKLUNG IN DEUTSCHLAND: REALITÄT UND MEDIALE DRAMATISIERUNG

Demographische Daten und die wichtigsten Zusammenhänge für das Verständnis von Bevölkerungsprognosen sind in den beiden anderen Vorträgen schon ausführlich behandelt. Deshalb wird sich dieser Vortrag stärker der Frage widmen, wie die Medien – in Deutschland hauptsächlich – mit diesem Material umgehen, wie das Angstbild entsteht und wer von dieser Situation profitiert. Es wird auch gezeigt werden, dass manche Entwicklungen schon allein dann weniger bedrohlich erscheinen, wenn man den Zeithorizont erweitert; in der Vergangenheit wurden einige demographische Herausforderungen bewältigt, die bedeutend größer waren als das, was in den nächsten 30 bis 50 Jahren auf uns zukommt, ohne dass (allein) daraus dramatische Krisen entstanden wären.

In Deutschland ist die Entwicklung schon etwas weiter fortgeschritten als in Österreich, das heißt, man ist schon bei einer abnehmenden Bevölkerung. 30.000 Menschen weniger taugen in Deutschland bereits für eine große Negativschlagzeile, obwohl diese Zahl noch innerhalb des statistischen Ungenauigkeitsbereiches liegt und man seriöserweise von einer stagnierenden Bevölkerung sprechen müsste.

In Deutschland ist die mediale Aufbereitung dadurch geprägt, dass seit etwa 3 Jahren eine Schreckensmeldung die andere jagt. Eine der ersten Darstellungen hat der Spiegel im Jahr 2004 gebracht, etwas überzeichnet, aber Rahmen im des Journalismus noch zulässig. In Zentrum des Bildes ist ein Säugling: Dieser einzige kleine Säugling den es noch gibt, muss die vielen Alten tragen und jeder weiß, dass er das nicht kann. Aber das sind nicht die einzigen Bedrohungsszenarien.

Ein paar ausgewählte Schlagzeilen:

„In zwölf Generationen sind wir Deutschen ausgestorben“ (BILD, 15. 3. 2006)

„Es droht Einwohnerkannibalismus“ (DIE WELT, 16. 3. 2006)

„Leere Räume vorausdenken, Wissenschaftler empfehlen den geordneten Rückzug aus bestimmten Regionen des Landes“ (DIE WELT S. 1)

„Wenn der Mensch geht, kommt der Wolf“ (ZDF-Heute, 6. 12. 2005)

Hier werden auch menschliche Urängste angesprochen. Das sind gefühlsmäßige Eindrücke mit denen hier gespielt wird.

Darüber hinaus wird in Deutschland mittlerweile auch mit Fakten – bzw. mit scheinbaren Fakten – äußerst leichtfertig operiert. Die mediale Aufbereitung von Bevölkerungsprognosen und Kennzahlen der Entwicklung ist oft eher beliebig. „Wenn die Geburtenrate hierzulande auf dem derzeitigen niedrigen Niveau verharrt, dann schrumpft die Bevölkerung in den nächsten

drei Jahrzehnten um mindestens ein Drittel“ wurde zum Beispiel gesagt. Nach dieser Meldung käme es also zu einem Rückgang um 27 Millionen in dreißig Jahren. Demgegenüber rechnet selbst das statistische Bundesamt in seinen pessimistischsten Prognosen lediglich mit einer Bevölkerungsabnahme um 15% in 50 Jahren. Bei einer dementsprechenden Anfrage bei der Zeitung stellte sich heraus, dass dieser Widerspruch keinem aufgefallen sei; eine Korrektur zu dieser falschen Meldung würde es auch nicht geben, weil man nur dann einen Anspruch auf eine Richtigstellung hat, wenn man persönlich betroffen ist.

Minister Franz Müntefehring (Rente mit 67 Jahren, weil die Demographie keine Alternative bietet) erklärte, dass von zwei Mädchen, welche heute geboren werden, mindestens eines einhundert Jahre alt wird. Die derzeit aktuellen Sterbetafeln hingegen weisen aus, dass lediglich für jedes 75. heute geborene Mädchen die Lebenserwartung bei hundert oder mehr Jahren liegen wird. Das wird vielleicht noch etwas modifiziert werden, aber ein Anstieg von jedem 75. auf jedes 2. Mädchen ist eine Mär. Auch Frank Schirrmacher (Autor von: das Methusalem Komplott) – auf Kriegsfuß mit den Fakten – sieht in Japan schon Heerscharen von 110-jährigen Frauen, natürlich als Belastung, auf die dortige Bevölkerung zukommen. Eine Recherche ergab in der ganzen Welt 77 Menschen, die über 110 Jahre alt sind, davon tatsächlich auch 14 in Japan, alle weiblich. Soweit also die Heerscharen.

Nach der letzten Bevölkerungsprognose des statistischen Bundesamtes, welche schon nach drei Jahren die vorhergehende revidierte, hieß es dann schon „Rente mit 75 Jahren?“ im Hamburger Abendblatt, und in der als links geltenden TAZ nicht einmal mehr mit Fragezeichen. Rente mit 75 Jahren – so wird in Deutschland Panik gemacht!

Herumgesprochen hat sich inzwischen auch die geringe Geburtenrate in Deutschland. Sie ist nochmals gesunken und beträgt jetzt 1,36 Kinder je Frau. Das sei weltweit, abgesehen vom Vatikanstaat der niedrigste Wert, und überdies bereits seit dreißig Jahren weltweit der niedrigste Wert. Der Vergleich mit dem Vatikanstaat hat überhaupt keine Aussagekraft und ist ein reiner Werbegag – es wird damit aber erreicht, dass eine Botschaft, die sonst sofort wieder vergessen würde haften bleibt. Die Geburtenrate von 1,36 Kindern pro Frau stimmt in etwa, aber die beiden anderen Teile der Meldung sind falsch. 1,36 ist nicht der weltweit niedrigste Wert, und auch nicht der historisch niedrigste Wert in Deutschland: unter Bundeskanzler Kohl in den achtziger Jahren lag die Geburtenraste noch einmal um 0,1 Prozentpunkte niedriger.

Das heißt, es wird eine Meldung in die Welt gesetzt und diese Meldung braucht überhaupt keinen Wahrheitsgehalt zu haben, in den Köpfen haften bleibt sie trotzdem. Darauf angesprochen, meinte der Verantwortliche der DPA, diese Meldung passe ins Bild. Wenn man diese Meldung erst überprüft und dann nicht gebracht hätte, dann hätte eine andere Presseagentur sie gebracht und man hätte am Verkauf der Meldung nicht teilhaben können. In der Financial Times Deutschland gab es zusätzlich interessanterweise im Textteil einen Artikel der – offenbar schon länger geplant – komplett dieser Meldung widersprochen hat; es ist niemandem aufgefallen. Viele dieser Meldungen haben sich inzwischen weitgehend selbständig gemacht.

Im März und April des Jahres 2006 gab es in Deutschland eine längere Kampagne der BILD-Zeitung mit täglichen Schlagzeilen, dass die Deutschen aussterben, Alte auf Kosten der Jungen leben, Frauen die Sündenböcke sind, weil sie keine Kinder bekommen, vor allem die Akademikerinnen usw. Danach kamen Vorschläge von einigen Politikern beginnend mit weniger Rente für Kinderlose bis hin zu gar keiner Rente mehr für Kinderlose. Ein paar Tage spä-

ter erschien mit dem Buch „Minimum“ von Frank Schirrmacher das neueste Horrorszenarium und der Spiegel brachte dazu einen großen Artikel.

Es wurde schon erwähnt, dass es schwierig ist, Geld für seriöse Forschung zu bekommen. Das betrifft auch Bundesinstitute und kann zu interessanten Konstellationen führen. Es gibt eine gemeinsame Analyse der Robert-Bosch-Stiftung mit dem Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung. Diese Studie ist sehr sinnvoll und seriös angelegt und kommt zu realitätsnahen Ergebnissen. Durch geeignetes Auswählen und Weglassen von Einzeldaten und Kennzahlen, kann man aber auch mit Hilfe einer seriösen Studie ein gewaltiges Bedrohungsszenario entwerfen, welches so in der Langfassung nicht zu finden ist. Zu eben diesem Zweck lud die Robert-Bosch-Stiftung ins Hotel Adlon nach Berlin und ließ die Referenten ausgesuchte Kennzahlen der ungünstigsten Kombination aller möglichen Entwicklungsszenarien präsentieren.

Man könnte jetzt glauben, diese Darstellungen wären bloßer Zufall, weil der Mainstream der gemeinsamen Wahrnehmung, oder aber man geht davon aus, dass dahinter eine Strategie steckt, wofür auch das Timing aufeinander aufbauender Meldungen spricht. Solch eine Strategie wird unter anderem von der Bertelsmann-Stiftung betrieben, und das darf man sogar laut sagen, weil sich diese Stiftung in ihrem Jahresbericht der Vernetzung genau der Institute lobt, welche federführend an der medialen Panikmache beteiligt sind. Die *Bertelsmannstiftung* arbeitet mit der *Robert-Bosch-Stiftung* und der *Stiftung* für die Rechte *zukünftiger Generationen* zusammen, und diese hat, damit noch ein paar mehr Akteure auf dem Markt sind zwei weitere Ableger gegründet, das *Institut für demographische Zukunftsfähigkeit* sowie die Jugend für *Generationengerechtigkeit.* Etwas in den Hintergrund getreten ist in Deutschland eine Initiative mit der das ganze begonnen hat, nämlich die Initiative Neue soziale Marktwirtschaft. Wir bewegen uns hier also auf einen Feld, wo mediale Dramatik auch gezielt produziert wird bis hin zur absichtlich falschen Auswahl von Zahlen und Fakten. Experten, die das dann der Öffentlichkeit präsentieren, finden sich immer.

Interessant ist es aber auch um 50 oder 100 Jahre zurück in die Vergangenheit zu gehen, und anzuschauen, welche Entwicklungen der Geburtenraten, des Alterns und der Belastung durch Rentner in früheren Zeiten stattfanden. Es wird ja immer wieder gesagt, die demographische Herausforderung der nächsten 30 bis 50 Jahre sei bedeutend problematischer als alles bisher Dagewesene. Um das Ergebnis gleich einmal vorwegzunehmen wird die Entwicklung der nächsten 45 Jahre nicht viel anders sein als das, was wir in den vergangenen 45 Jahre erlebt haben. Zwischen 1960 und 2005 war der Rückgang der Geburtenraten, die Zunahme von Lebenserwartung und Rentnern in etwa so wie es auch in den nächsten 45 Jahren sein wird. Und nach den üblichen statistischen Maßzahlen kam es seit 1960 zu einer Verdreifachung des Wohlstandes.

Zwischen 1900 und 2004 stieg die durchschnittliche Lebenserwartung um etwa 30 Jahre. In dieser Zunahme ist allerdings auch der Rückgang der Kindersterblichkeit enthalten, ein Phänomen, welches sich in dem Umfang nicht wird wiederholen lassen. Um den Rückgang der Kindersterblichkeit bereinigt stieg die Lebenserwartung aber trotzdem noch um 20 Jahre. In den nächsten 50 Jahren wird für Deutschland eine Zunahme der Lebenserwartung um 7 bis 9 Jahre prognostiziert. Im Jahr 1900 war in Deutschland fast jeder zweite Einwohner im Kindes- oder Jugendalter, im Jahr 2000 jeder fünfte und 2050 wird es etwa jeder 6. sein. Auch hier ist deutlich, dass die zukünftig zu bewältigende Herausforderung kleiner ist, als die in der Vergangenheit bewältigte.

An dieser Stelle kommt dann gewöhnlich folgender Einwand: die Überlegung sei zwar prinzipiell richtig, aber bei einer Zunahme der Lebenserwartung von 45 auf 64 sind die Menschen ins Erwerbsalter hinein gealtert und eben länger erwerbsfähig geblieben, während sie in den nächsten Jahrzehnten ins Rentenalter hinein altern und damit länger Rentner und gegebenenfalls pflegebedürftig sein werden. Trotzdem, im Jahr 1900 betrug der Anteil der über 65-Jährigen 5%. Bis 2000 kam es zu mehr als einer Verdreifachung auf 17%, während es nach den Prognosen des statistischen Bundesamtes bis 2050 zu weniger als einer weiteren Verdopplung auf etwa 30% kommen wird. Die Veränderung sowohl der Dauer der Rente als auch der Rentenhöhe war also in der Vergangenheit bedeutender als es die Prognosen für die Zukunft bis 2050 erwarten lassen, und die Wirtschaft ist nicht in Krisen zusammengebrochen.

„Der Sozialstaat ist in einer Sackgasse, wer zahlt morgen die Pensionen“ ist eine Meldung der neuen Tageszeitung in Österreich aus dem Jahr 1959. 1968, nach dem ersten größeren Konjunktureinbruch in Deutschland warnte der Familienbericht der Bundesregierung vor den Folgen des Anwachsens der Zahl der Alten und der stetig abnehmenden Geburtenzahl. Wie man sieht ist das Dramatisieren der demographischen Entwicklung auch kein neues Phänomen.

Während Negativmeldungen zur demographischen Entwicklung immer für Schlagzeilen gut sind, werden Positivmeldungen bei weitem nicht so herausgestrichen, sie gehen in der Regel eher unter und werden auch nicht in ihrem demographischen Zusammenhang gesehen. Auf Seite 9 einer Zeitung fand sich die Meldung „Pflegekasse gut gefüllt“ und in der anschließenden Argumentation wird festgestellt, dass die Zahl der Pflegebedürftigen derzeit deutlich niedriger liegt, als prognostiziert wurde. Eine neue Studie des Max Plank Institutes für demographische Forschung zeigt, dass in Deutschland das Risiko im Alter pflegebedürftig zu werden, von 1991 bis 2003 zurückgegangen ist. Der Anstieg der Lebenserwartung geht generell mit einer besseren Gesundheit einher. Dieses doch sehr wesentliche Forschungsergebnis war offenbar keine Zeitungsmeldung wert.

Eine andere Meldung schlägt einen Hochschulpakt wegen stark steigender Studentenzahlen vor. Ein weiterer Ansturm wird erwartet und im Jahr 2011 werden die Studienplätze knapp. Auch diese Meldung hängt mit der Demographie zusammen. Ein Studentenansturm im Jahr 2011 heißt um 1990 wurden starke Jahrgänge geboren. Um 1990 geborene Jahrgänge werden mindestens bis 2050/2055 arbeiten. Diese Meldung spricht von Kindern bzw. Jugendlichen, die uns sogar aufgrund ihrer großen Menge Probleme im Bildungsbereich bereiten und bis über 2050 aktiv sein werden. Das ist doch eigentlich eine gute Nachricht. Die Meldung ist bekannt, aber sie wird nicht eingeordnet unter dem Thema Demographie, und auch der Appell an die Politik wird übersehen: Wenn ihr Angst habt, dass zu wenige Junge, zu viele Alte ernähren müssen, dann bildet doch bitte die Jungen zumindest vernünftig aus.

In Deutschland wird von Politikern und Wirtschaftsverbänden immer wieder betont, dass im Jahre 2030 Facharbeitermangel droht. Diese Meldung wird als Faktum angesehen. Derzeit ist es jedoch so, dass nur etwa die Hälfte derer, die eine Lehrstelle suchen, auch eine bekommen. Die andere Hälfte, also etwa 300.000 kommt in Warteschleifen und geht leer aus. Eine einfache Rechnung ergibt: eine Lehrstelle heute für Menschen mit etwa 15 heißt, sie wurden Anfang der 90er-Jahre geboren und im Jahr 2030 sind die Menschen 40. Die Jugendlichen sind also da, und wenn sie ausgebildet werden, gibt es 2030 auch genügend Facharbeiter. Ein zukünftiger Fachkräftemangel liegt also nicht in der Demographie begründet, sondern mehr in den heutigen Mängeln des Ausbildungssystems.

In der öffentlichen Diskussion wird auch viel über den sogenannten Altenquotienten geredet, und davon, dass diese Kennzahl dramatisch steigt. Im Allgemeinen wird die Zahl der Alten in Relation zu den Personen im Erwerbsalter gesetzt. In dieser Darstellung wird vergessen, dass die Erwerbstätigen nicht nur die Alten sondern auch die Kinder ernähren müssen. Richtigerweise müsste man den Gesamtbelastungsquotienten betrachten. Außerdem wird bis 2050 ein Anstieg der Lebenserwartung um 6–9 Jahre prognostiziert, man darf also nicht mit den heutigen Altersgrenzen rechnen. Man müsste den Altenquotienten mit einem höheren Renteneintrittsalter berechnen; allerdings auch nur bei einem entsprechenden Arbeitskräftebedarf, weil es wenig Sinn hat die Leute vor der Rente in die Arbeitslosigkeit zu schicken. Weiters sind im Altenquotienten der Abbau der Arbeitslosigkeit und die steigenden Frauenerwerbsquoten ausgeblendet. Was den ebenfalls nicht berücksichtigten Produktivitätsfortschritt anbetrifft, so würde dieser allein – selbst unter den pessimistischsten Annahmen – ausreichen um das Problem der Alterung auszugleichen und den Wohlstand deutlich zu erhöhen.

Jetzt noch einmal zurück zu der eingangs gestellten Frage: Warum gibt es praktisch nur Schreckensszenarien und Panikmache in den Medien und kaum Raum für die Darstellung positiver Fakten und entlastender Entwicklungen. Wenn die Diskussion verzerrt dargestellt wird muss es Leute geben, die daran Interesse haben und das durchführen. Es muss Gewinner dieser Form der Demographiediskussion geben. Dies sind zunächst einmal die Unternehmen. Die geben auch offen zu, dass sie eine Senkung der Lohnnebenkosten erreichen wollen. Die Rentenkosten sind einer der größten Bestandteile der Lohnnebenkosten, und indem man einen Teil davon privatisiert, kann man die Lohnnebenkosten senken. Die demographische Panikmache dient dazu den Boden zu bereiten, weil sonst die Bereitschaft zur Privatisierung der Alterssicherung in Deutschland nie gegeben wäre. In Deutschland werden derzeit etwa 240 Mrd € für die Rentner ausgegeben, und es ist völlig klar, dass die Versicherungswirtschaft und andere Finanzdienstleister an diesem Kuchen einen Anteil haben wollen.

Auch für Politiker hat die Diskussion in der heutigen Form manche Vorteile: Wenn es Nullrunden bei den Renten gibt, wenn eine Praxisgebühr für Arztbesuche eingeführt wird usw., es wird immer begründet mit der demographischen Entwicklung bis 2050. Heutige Finanzierungsprobleme haben mit der demographischen Entwicklung bis 2050 nichts zu tun, aber die Löcher im Sozialsystem werden mit der Angst vor dieser Entwicklung schon heute gerechtfertigt. „Das Land wird zukunftsfest gemacht“, ist eine gängige Floskel.

Auch die Demographen profitieren von dem gestiegenen Interesse an ihren Ergebnissen. Und in den Medien ist eben nur eine schlechte Nachricht eine gute Nachricht. Außerdem werden die Demographen in erster Linie mit ihren Langfristprognosen wahrgenommen, welche wie schon mehrfach festgestellt eher unsicher sind. Demographen liefern aber auch Daten für kurz- und mittelfristige Problemlagen, welche sehr viel sicherer sind: Wie viele Schüler es in den nächsten Jahren geben wird und wie viele Lehrer dann in Pension gehen werden, lässt sich heute ziemlich genau sagen, und das Problem ist auch seit Jahren bekannt. Die Politik reagiert nur nicht darauf, und später tun dann die Verantwortlichen sehr überrascht, wenn die Schülerzahlen „überraschend“ hoch sind oder ein Lehrermangel „völlig unerwartet auftritt.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche Ihnen noch viel Spaß bei der Tagung.

Gunther Tichy

DEMOGRAPHISCHE ENTWICKLUNG IN ÖSTERREICH: DER HOCHGESPIELTE GENERATIONENKONFLIKT

Europa altert, na und. Schon in den vorangegangenen Vorträgen wurde zumindest zum Teil klar, dass dies tatsächlich eine richtig gestellte Frage ist. Dieser Vortrag wird versuchen, herauszuarbeiten, ob die Probleme wirklich so groß sind, wie immer behauptet wird. Der Belastungsmythos wird enttarnt werden, und es soll gezeigt werden, dass die Probleme hochgespielt wurden und mit einer vernünftigen Politik durchaus zu lösen sind.

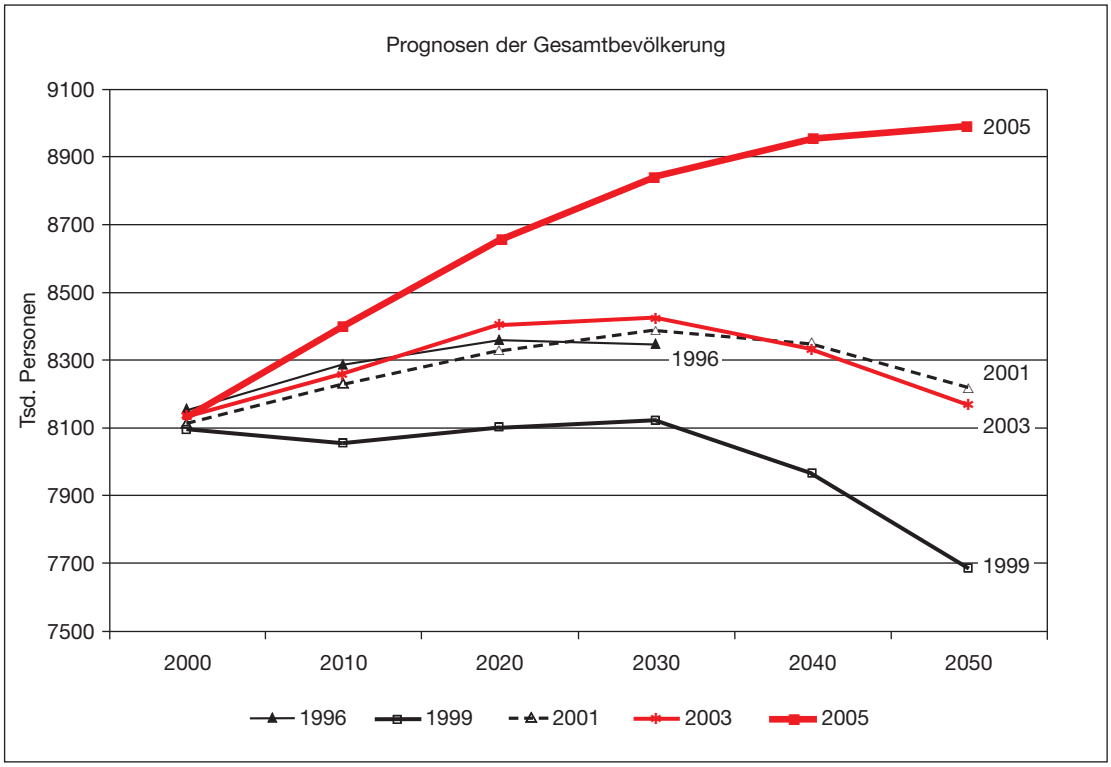
Tabelle 1: Bevölkerungsentwicklung bis 2050 (in Tausend)

	2000	2050
Gesamtbevölkerung	8.110	8.986
Demographische Altersbelastung		
(1) 20- bis unter 65-Jährige	5.010	4.862
(2) über 65-Jährige	1.256	2.458
Demographische Altersbelastungsquote (2)/(1)	25%	50%

In Tabelle 1 sieht man die Daten, welche dem demographischen Belastungsmythos zugrunde liegen: Nach der Prognose von Statistik Austria wird die Bevölkerung in Österreich zwischen 2000 und 2050 von 8,1 auf 9 Mio. zunehmen. Die Zahl der 20- bis unter 65-Jährigen wird von 5 Mio. auf 4,9 zurückgehen, und die über 65-Jährigen werden sich zahlenmäßig fast verdoppeln von 1,3 auf 2,5 Millionen. Das heißt, dass sich auch diese magische Zahl der demographischen Altersbelastungsquote verdoppeln wird, und daraus wird dann immer geschlossen, dass in Folge des Alterns der Bevölkerung jeder Junge in Zukunft doppelt so viele Alte wird erhalten müssen wie heute. Das weckt natürlich bei jedem Einzelnen erschreckende Vorstellungen, und die Menschen beginnen sich auszumalen, wie wenig in Zukunft von ihrem Einkommen übrig bleiben wird, wenn sich das ausgehen soll.

Abbildung 1 zeigt die diesen Berechnungen zugrundeliegende Prognose von Statistik Austria. Die dicke rote Linie ganz oben zeigt die Entwicklung der Gesamtbevölkerung nach der Vorausschätzung 2005: Sie steigt wie gesagt von 8,1 Millionen im Jahr 2006 auf 9 Millionen bis 2050 an. Die Graphik zeigt aber auch, was ist von der Qualität solcher Prognosen zu halten ist: Die dünnere rote Linie ist die 2 Jahre ältere Prognose aus dem Jahr 2003, ebenfalls von Statistik Austria. Hier gab es für das Jahr 2050 eine um fast 1 Million niedrigere Vorausschätzung. Neben ein paar kleineren Änderungen bei den übrigen Parametern ergibt sich dieser Unterschied vor allem durch die Änderung der Migrationsannahmen. Für die Prognose 2003 wurde die damalige Nettozuwanderung zugrundegelegt – das waren damals etwa 10.000 pro Jahr – und zwei Jahre später lag die Nettozuwanderung schon bei 50.000 und die Vorausschätzungen wurden entsprechend nach oben korrigiert. Nebenbei bemerkt muss man sich aber auch vor Augen halten, dass im Jahr 2050 dann von 9 Millionen Österreichern 1 Million einen Migrationshintergrund haben wird.

Abbildung 1: Prognosen der Bevölkerung



Quelle: Statistik Austria vormals ÖSTAT

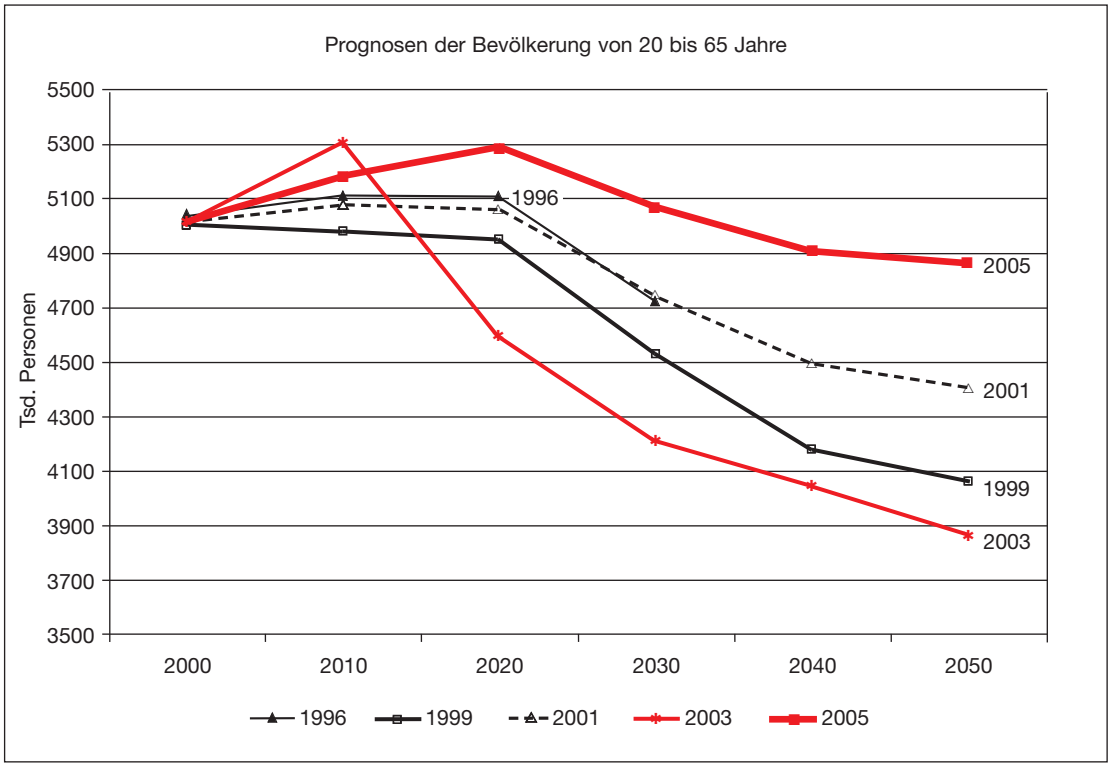
Welche dieser Prognosen jetzt richtig, oder besser gesagt näher an der zukünftigen Entwicklung liegt, ist eine offene Frage. Aufgrund der enormen Wichtigkeit der Migration für die künftige Bevölkerungsentwicklung sollte das Thema sehr viel ernsthafter diskutiert werden als das bisher der Fall war; vor allem mit welchen Migrationzahlen wir unter welchen Umständen tatsächlich zu rechnen haben, sollte endlich Gegenstand genauerer Untersuchungen werden.

Abbildung 2 zeigt verschiedene Prognosevarianten für die Entwicklung der Bevölkerung im Erwerbsalter in Österreich. Die dicke rote Linie gibt die Prognose 2005 von Statistik Austria wieder; danach wird die Zahl der Personen im Erwerbsalter von derzeit 5 Millionen bis etwa 2020 auf 5,3 Millionen steigen und danach allmählich wieder sinken. Nach dieser Prognose wird sie also bis 2050 mit einem Rückgang auf 4,9 Millionen gegenüber heute gar nicht besonders stark abnehmen.

Nach der Prognose 2003 wäre die Entwicklung dieser Altersgruppe durchaus dramatisch verlaufen: Die Bevölkerung im Erwerbsalter wäre zunächst zwischen 2000 und 2010 um etwa 300.000 angestiegen, aber danach hätte ein steiler Rückgang beginnen sollen, welcher sich bis 2050 auf 1,4 Millionen kumuliert hätte; die Bevölkerung im Erwerbsalter hätte dann bei etwa 3,9 Millionen liegen sollen. Auch hier sind die unterschiedlichen Migrationsannahmen für die Unterschiede auslösend.

Die erwähnten Horroszenarien und Mythen um die zukünftigen Belastungen werden auf jeden Fall aufgrund einfacher Berechnungen aus solchen unsicheren Prognosen abgeleitet. Dabei ist aber – wie schon mehrfach erwähnt wurde – bereits die Fragestellung falsch: Es ist ja nicht so, dass die Jungen die Alten erhalten, sondern es erhalten die Arbeitenden alle Nichtarbei-

Abbildung 2: Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter



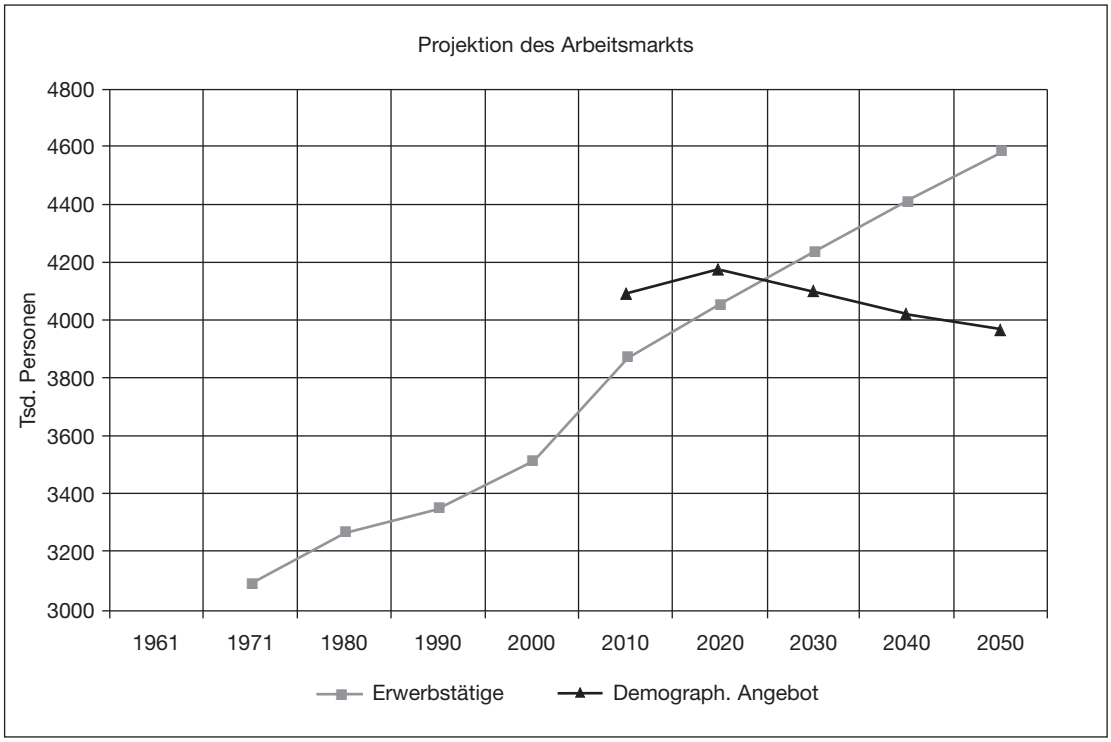
Quelle: Statistik Austria vormals ÖSTAT

tenden. Zu den Nichtarbeitenden gehören zunächst einmal die Kinder, und das Argument, sie seien viel billiger als die Alten, ist falsch. Außer den Eltern trägt auch die öffentliche Hand zur Kindererhaltung bei, die weitestgehend öffentlich finanzierte Ausbildung ist der wesentliche Kostenfaktor. Weiters gibt es derzeit knapp 190.000 Arbeitslose unter 50 Jahren. Bei den über 50-Jährigen würde sich ein verfälschtes Bild ergeben, wenn man nur die Arbeitslosen berücksichtigte. Etwa 800.000 Personen zwischen 50 und 65 Jahren zählen ebenfalls nicht zu den Arbeitenden. Österreich hat in diesem Altersbereich nur eine Erwerbsquote von 48% während es in Schweden 70% sind. Diese 800.000 Personen setzen sich aus Arbeitslosen, Frühpensionisten und sonstigen Nichterwerbstätigen zusammen.

Wenn man also feststellt, dass im Vergleichsjahr etwa 1 Million Menschen im Erwerbsalter nicht gearbeitet haben, ist es auch klar, dass der weitere Verlauf der Belastungsquoten vor allem von der Entwicklung des Arbeitsmarktes abhängen wird.

Aus dem Gesagten sind im Grunde bis hier einige Schlussfolgerungen zu ziehen. Zum einen sollte man bei der Diskussion der Belastungsquoten – abgesehen davon, dass sie im Sinne von Gesamtbelastungsquoten auch richtig konzipiert sein sollten – nicht außer Acht lassen, dass sie mit Unsicherheiten belastet sind, und sie daher nicht in dem Maße hochspielen, wie das derzeit gemacht wird. Weiters muss man der Unsicherheit und den Prognosefehlern auch dadurch Rechnung tragen, dass man davon abgeht, immer nur eine Prognosevariante zu betrachten, es muss für die verschiedenen Entwicklungsmöglichkeiten auch entsprechende Alternativpläne geben. Drittens sollten sich die Demographen – das ist jetzt durchaus ein Angriff – mit der Frage der Migration intensiver beschäftigen, weil vor allem sie die relevante Größe ist, von der die zukünftige Bevölkerungsentwicklung auf mittlere Sicht abhängt.

Abbildung 3: Die Wende am Arbeitsmarkt



Wenn man davon ausgeht, dass die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter bis etwa 2020 um rund 300.000 angewachsen und dann ab 2040 geringfügig weniger als heute sein wird, was bedeutet das für die Arbeitsmarktentwicklung. Wenn sich weiters die Nachfrage nach Arbeitskräften so wie derzeit durchschnittlich um etwa 10.000 pro Jahr erhöht, würde das bedeuten dass es erst 2030 zu einer Wende auf dem Arbeitsmarkt kommen wird. Erst dann wird es zu einer Verknappung von Arbeitskräften kommen, und bis dahin wird Arbeitslosigkeit unser Problem sein. Abbildung 3 verdeutlicht dieses Szenario. Die Entwicklung der Erwerbstätigkeit, das heißt der unselbstständig Beschäftigten plus der Selbstständigen, steigt dann von 3,7 Millionen um diese 10.000 pro Jahr an, aber das demographische Angebot wird noch bis weit in die Zwanzigerjahre hinein darüber liegen. Erst um das Jahr 2030 ist mit stärkeren Anspannungen bzw. Arbeitskräfteverknappung zu rechnen. Der Anstieg um 10.000 stellt einen Durchschnittswert über längere Zeiträume dar, zwischen 2000 und 2010 sollte es nach den WIFO-Einschätzungen zu einem stärkeren Beschäftigungswachstum kommen, aber das hat auch mit der starken Zunahme der Teilzeitbeschäftigung zu tun. In Vollzeitäquivalenten fällt der Anstieg teilweise deutlich geringer aus.

Wenn dieses Szenario stimmt, hat das Konsequenzen. Zum einen wird die Beschäftigungspolitik in den nächsten 15 Jahren die zentrale Aufgabe der Politik bleiben; Arbeitslosigkeit und nicht Arbeitskräftemangel wird das Hauptproblem sein. Änderungen bei Mortalität und Fertilität werden da kaum etwas verändern und von extremen politischen Reaktionen abgesehen werden auch Schwankungen bei der Migration diese Grundproblematik nur wenig verändern. Laut Weißbuch des WIFO brauchen wir 2% Wachstum um die Arbeitslosenrate zumindest konstant zu halten und 2,5% um ein gewisses Absinken zu erreichen. Es gibt zwar derzeit einen Aufschwung mit mehr als 3% Wachstum aber im längerfristigen Durchschnitt war und ist nicht mit solchen Wachstumsraten zu rechnen.

Zweite Konsequenz: Nach 2020 könnte sich der Arbeitsmarkt allmählich entspannen, der Druck auf die Frühpensionierungen und die Arbeitslosigkeit werden dann deutlich abnehmen; vorausgesetzt, diese beiden Prognosen stimmen in etwa. Die Folge wird dann sein, dass es mehr Arbeitende und weniger zu Erhaltende gibt. Auf diesen Punkt möchte ich ganz besonders hinweisen: Wenn Arbeitslose beschäftigt werden, und wenn über 50-Jährige im Arbeitsleben bleiben, dann wirkt das auf das System doppelt. Es müssen weniger Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung und weniger Pensionen bezahlt werden, und gleichzeitig zahlen diese Personengruppen zusätzlich ins System ein: Arbeitslosenversicherungsbeiträge und Pensionsversicherungsbeiträge.

Tabelle 2: Belastungsquoten

	2000	**2050**
Gesamtbevölkerung	8.110	8.986
Demographische Altersbelastung		
(1) 20- bis unter 65-Jährige	5.010	4.862
(2) über 65-Jährige	1.256	2.458
Demographische Altersbelastungsquote (2)/(1)	25%	50%
Demographische Gesamtbelastung		
(1) 20- bis unter 65-Jährige	5.010	4.862
(3) 0- bis unter 20- plus über 65-Jährige	3.100	4.124
Demographische Gesamtbelastungsquote	62%	85%
Arbeitsmarkt Belastung		
(4) Arbeitslose unter 50 Jahre	184	64
Nichterwerbstätige über 50 Jahre	788	468
Arbeitsmarkt Belastungsquote	19%	12%
Volkswirtschaftliche Gesamtbelastung		
(6) „Erhalter“ (1) – (4+5)	4.038	4.330
(7) „zu Erhaltende“ (0) – (6)	4.062	4.656
	101%	108%

Entscheidend wird sein, wie weit es gelingt die Arbeitslosigkeit zu senken und die Beschäftigungsquoten der über 50-Jährigen zu erhöhen. Diese Zusammenhänge werden in der Diskussion weitestgehend vernachlässigt. Tabelle 2 zeigt wie sich die Belastungsquote unter veränderten Arbeitsmarktbedingungen entwickeln könnte. Das ist eine grobe zahlenmäßige Illustration: In Tabelle 2 ist oben wieder die demographische Altenbelastung, die bis 2050 von 25% auf 50% steigen wird. Wenn die Kinder eingerechnet werden, haben wir heute schon eine demographische Gesamtbelastungsquote von fast einem Drittel, 62%, und die wird

dann auf 85% steigen. Das ist immer noch eine Zunahmen um ein Drittel, aber keine Verdoppelung mehr. Als letzten Punkt muss man aber auch die Arbeitsmarktbelastung berücksichtigen. Unter der Annahme, dass die 50- bis 65-Jährigen wie in Schweden eine Erwerbsquote von 70% haben, würde die Zahl der Frühpensionisten bzw. Nichterwerbstätigen von knapp 800.000 auf unter 500.0000 zurückgehen und die Zahl der Arbeitslosen unter 50 könnte ungefähr um 120.000 zurückgehen. Das wirklich Überraschende ist, dass diese Gesamtbelastung schon heute bei 101% liegt; jeder Arbeitende erhält schon heute eine Person die nicht arbeitet und und dieser Wert würde unter den obigen Voraussetzungen auf 108%, also um 7% steigen. Solch eine Zunahme der Gesamtbelastung sollte sich eine wohlhabende Gesellschaft leisten können.

Als Warnung muss aber gesagt werden, dass in diesem Szenario nicht nur die Prognose von Statistik Austria mit der unvermeidlichen Unsicherheit steckt, sondern auch die Annahme einer Erwerbsquote der 50- bis 65-Jährigen von 70%. Das ist zumutbar, weil es bereits heute in Skandinavien diese Erwerbsquote gibt, und es ist auch deswegen zumutbar, weil die beschwerdefreie Lebenserwartung noch stärker steigen wird als die Lebenserwartung insgesamt. Wie schon im Vortrag von Wolfgang Lutz gezeigt wurde, würde die Zahl der Pflegefälle nicht zunehmen, wenn die beschwerdefreie Lebenserwartung tatsächlich um 3 Jahre pro Jahrzehnt steigt. Daten aus 5 europäischen Ländern zeigen, dass dies tatsächlich der Fall ist und dann können die Menschen auch länger im Erwerbsleben bleiben.

Aber all das erfordert natürlich Begleitmaßnahmen: lebenslanges, berufsbegleitendes Lernen und gegebenenfalls rechtzeitige Umschulungen – mit 50 kann es dafür zu spät sein – in dieser Hinsicht liegt Österreich verglichen mit Skandinavien ganz schlecht, die entsprechenden Ausgaben sind dort doppelt so hoch.

Weiters braucht es altersgerechte Arbeitsplätze. Damit ist nicht gemeint, dass es Schonarbeitsplätze – z.B. Portiere – für alle Älteren geben soll. Ein Beispiel aus der Autoindustrie: Es ist bekannt, dass Arbeiten über Kopf zu den meistbelastenden Tätigkeiten gehört. In einem deutschen Autowerk muss diese Tätigkeit (Schrauben über Kopf) ab einem bestimmten Alter nicht mehr gemacht werden, sie wird von den Jüngeren übernommen. In der Straßenbahnerzeugung wiederum sind die Montagen schwerer Bauteile auf dem (mitunter heißen) Dach besonders anstrengend. Eine Wiener Firma, die Straßenbahnen erzeugt, lässt diese Arbeiten auf dem Boden durchführen und erst nachträglich wird das Dach mit einem Kran gehoben und angeschweißt; es gibt also auch einfache Lösungen. Während diese beiden Fälle bereits Realität sind, entspricht das nächste Beispiel eher einem Wunsch: Es ist klar, dass man ab 50 als Maurer auf einer Baustelle Probleme haben wird, aber jede Baufirma beschäftigt auch sehr viele Lastwagenfahrer, Baggerfahrer, Kranführer etc. – warum kann es nicht ein Anrecht darauf geben, dass man ab 45 umgeschult wird und dann in einem dieser Bereiche arbeitet? Für die Präventivmedizin müsste es ebenfalls mehr Möglichkeiten geben, auch in diesem Bereich kann Skandinavien ein Vorbild sein.

Warum ist es jetzt so unerhört wichtig diesem demographischen Mythos entgegenzutreten. Vor allem auch deswegen, weil dieser demographische Mythos als Argument benützt wird um zu behaupten, dass wir uns unser Pensionssystem nicht leisten können, dass die Pensionen gekürzt werden müssen und dass wir auf privatwirtschaftliche Systeme umsteigen sollen.

Ich möchte ausdrücklich betonen, dass die Pensionen auch im gegenwärtigen System kei-

neswegs unfinanzierbar sind. Wie schon gezeigt wurde, wird die Zahl der Arbeitenden auch langfristig bloß wenig zurück gehen, während die Verringerung der Zahl der Arbeitslosen und der Frühpensionisten bzw. Nichterwerbstätigen das System doppelt entlasten wird. Was ebenfalls besonders wichtig ist: Studien zeigen, dass Ältere in den meisten Aufgaben nicht weniger produktiv sind als Jüngere. Eine ganz neue Studie – noch nicht in vollem Umfang veröffentlicht – hat Teams von älteren Arbeitskräften, Teams von jüngeren Arbeitskräften und Teams die gemischt aus Älteren und Jüngeren zusammengesetzt sind in der deutschen Autoindustrie untersucht, und es zeigte sich, dass die Teams der älteren Teams um nichts weniger produktiv waren als die jüngeren, aber die gemischten Teams funktionierten nicht so gut, es gab offenbar Reibungsverluste. Wenn nach 2030 Arbeitskräfte tatsächlich knapp werden sollten, werden sie auch teurer. Das würde zu einer höheren Kapitalintensität und auf diesem Wege wieder zu einer höheren Produktivität führen. Man kann also mit einer hohen Wahrscheinlichkeit davon ausgehen, dass die Produktivität einer alternden Gesellschaft nicht sinken wird.

Das bedeutet, dass die Produktivität und damit auch die Gütermenge weiter wachsen wird. Angenommen die Produktivität wächst um 1,7% pro Jahr – das würde dem Durchschnitt der letzten Jahre entsprechen – dann wäre das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf im Jahr 2050 um 125% höher als heute, also mehr als doppelt groß. Es müsste schon sehr schlecht um eine Gesellschaft stehen, dass sie aus einem um 125% höheren Sozialprodukt die Pensionen nicht zahlen könnte. Natürlich, wenn die Arbeitenden die ganzen 125% für sich bekommen dann bliebe nichts für die Alten, aber es müsste Möglichkeiten einer fairen Aufteilung geben. Sehr problematisch könnte es natürlich auch werden, wenn immer größere Gruppen der Arbeitenden an diesem Zuwachs nur wenig oder gar nicht teilhaben sollten.

Wenn man andererseits annimmt die Produktivität ginge deutlich zurück, sie wächst nur mehr um 1% pro Jahr, dann hätten wir im Jahr 2050 immer noch ein um 60% höheres Bruttosozialprodukt und wieder gilt mit etwas geringerem Spielraum das vorher Gesagte. Das heißt also, die Verteilungsmasse wird auch in Zukunft für mehr Wohlstand der Alten, wie der Jungen ausreichen. Es ist letztlich nur ein „Verteilungsproblem“. Das heißt aber auch mit anderen Worten, dass das Umlageverfahren weder unfinanzierbar noch überholt ist. Im Gegenteil, es ist unverzichtbar.

Es gibt natürlich für das System gewisse Voraussetzungen, wie z.B. eine ausreichende Nachfrage- und Verteilungspolitik auf dem Arbeitsmarkt. Weiters sind punktuelle Veränderungen und Neudefinitionen der Anspruchsberechtigung durchaus nötig. Hier kann man auch der Politik den einen oder anderen Vorwurf nicht ersparen.

Das Sozialsystem ist nach wie vor auf der Definition des männlichen Vollarbeitsplatzes aufgebaut, sodass Teilzeitarbeit, Unterbrechungen usw. nicht entsprechend berücksichtigt werden. Es bedarf einer Umschichtung der Finanzierung, und genau das sollte ernstlich diskutiert werden. Wir werden weniger Kinder, weniger Arbeitslose und weniger Frühpensionisten haben. Das heißt aber auch, dass wir dann ceteris paribus weniger Geld für Familien und für Arbeitslosenunterstützung, aber mehr Geld für Alterspensionen brauchen werden. In dieser Hinsicht kann natürlich das österreichische „Töpferlsystem“ zum Problem werden. Es gibt den Familienlastenausgleichsfond hier und die Arbeitslosenversicherung da, und wenn die Ausgaben dieser Fonds sinken, denkt man sofort darüber nach, wie man Leistungen ausbauen kann. Umschichtungen wären dann nötig, sind aber im System nicht wirklich eingebaut. Dies sind

große Probleme, die man diskutieren sollte statt der Frage, ob der Altenbelastungsquotient jetzt 0,25 oder 0,5 sein wird.

Das Umlageverfahren ist unverzichtbar, weil nur das Umlageverfahren gegen die ganz großen Risken, wie Kriege, Inflation und Krisen absichern kann. Absichern ist in diesem Fall so zu verstehen, dass die Risken bzw. die Folgen fair auf die gesamte Gesellschaft aufgeteilt werden. Bei einem privaten Versicherungsverfahren, also einem Kapitaldeckungsverfahren würden allein die Alten die Lasten einer Vermögensvernichtung durch Krisen oder Inflation tragen, weil sie den Deckungsstock ihrer Pensionen verloren hätten. Beim Umlageverfahren tragen es alle gleichermaßen. Nur das Umlageverfahren kann einen zumindest relativen Lebensstandard ohne Kapitalkrisen garantieren. Nebenbei bemerkt würde eine Dominanz des Kapitalstockprinzips zu einer noch höheren Dominanz des Finanzsektors in der Wirtschaftspolitik führen.

Das System der kollektiven Altersicherung ist ein zentrales Element der Verringerung der Lebensunsicherheit. Der Bedarf danach nimmt mit steigendem Einkommen zu. Wenn man sehr arm ist, ist man froh wenn man genug zu essen hat, dann ist man froh, wenn man einen ordentlichen Wintermantel hat und je mehr dann diese Grundbedürfnisse gedeckt sind, desto mehr steigt das Bedürfnis nach Sicherheit. Der Sozialstaat ist so unverzichtbar, weil er ein Versprechen auf Sicherheit darstellt. Sobald dieses Versprechen einer instabilen Welt aufgekündigt wird, öffnen sich dem politischen Extremismus Tür und Tor, und ich glaube so etwas sagt man in unseren Tagen nicht ganz ohne Grund.

Zusammenfassend wäre also Folgendes zu sagen: Man muss den demographischen Mythos zerlegen und sehr genau untersuchen. Die demographische Altersbelastung wird zwar steigen, die volkswirtschaftliche Belastung der Arbeitenden muss deswegen aber keineswegs ebenfalls steigen. Es hängt von den Prognosen ab, aber bei Verwendung der gegenwärtig wahrscheinlichsten wird diese Belastung nur sehr wenig zunehmen. Die steigende Zahl von Arbeitskräften sowie die wachsende Produktivität werden auch in Zukunft eine ausreichende Verteilungsmasse sichern.

Unfinanzierbar wird die Altersversorgung nur, wenn wir keine institutionellen Anpassungen vornehmen. Umfragen im Eurobarometer haben überdies gezeigt, dass die Bevölkerung bereit ist, für sichere Pensionen im Notfall auch höhere Beiträge zu zahlen. Auch diesen Weg sollten wir nicht ausschließen, aber wahrscheinlich wird eine vernünftige Wachstums-, Nachfrage- und Verteilungspolitik höhere Beiträge gar nicht unbedingt erforderlich machen.

Günther Chaloupek

BEITRAG BEI PANELDISKUSSION

Ich möchte zunächst drei Punkte zur wirtschaftlichen Seite der Problematik ansprechen.

■ Arbeitskräfteangebot – „Knappheitsszenarios“

Immer noch ist die Vorstellung dominierend, dass es in absehbarer Zeit, also in etwa fünf Jahren zu einem Rückgang des Arbeitskräfteangebots kommen wird. Tatsächlich ist aus heutiger Sicht bis 2020 kein Rückgang absehbar.

Danach soll zwar das Angebot sinken – wegen der hier klar aufgezeigten Fehleranfälligkeit sollte aber eine Prognose des Arbeitskräfteangebots über 2025/30 hinaus besser unterbleiben – vor allem deshalb, weil die Medien sie immer wörtlich nehmen, und das ist nicht zulässig.

Hinweisen möchte ich auch auf beträchtliche Arbeitskraftreserven, die zusätzlich zu einer Erhöhung der Erwerbsquoten bestehen. Klarer Weise bestehen weitere beträchtliche Reserven bei der Teilzeitbeschäftigung und bei den Geringfügig Beschäftigten. Wenn von den derzeit Teilzeit arbeitenden Beschäftigten – überwiegend handelt es sich dabei um Frauen – die Hälfte einen Vollzeitjob anstreben, so ergibt sich daraus eine Arbeitskraftreserve von rund 100.000 Personen. Die Arbeitskraftreserve, die in den zuletzt mehr als 240.000 Geringfügig Beschäftigten steckt, ist schwer abschätzbar, aber sicher keine vernachlässigbare Größe.

Die Unternehmerseite hat ein starkes Motiv, mehr Migration zuzulassen, nämlich das Arbeitskräfteangebot zu erhöhen, was ihre Position am Arbeitsmarkt und ergo auch bei Lohnverhandlungen stärkt. Wenn schon die Unplausibilität der Arbeitskräfteknappheit zugegeben werden muss, dann aber nur in der Gesamtheit. In dieser Situation hilft man sich mit dem Hinweis auf

■ „Facharbeitermangel“

Der Facharbeitermangel ist eine Universalkeule in der interessenpolitischen Arbeitsmarktdiskussion. Die Schwierigkeit bei der Frage, was es mit dem „Facharbeitermangel“ auf sich hat, besteht darin, dass stark subjektiv gefärbte Unternehmereinschätzungen und Wünsche Behauptungen eines Facharbeitermangels zu Grunde liegen, die bei fast jedem Stand der Arbeitslosenrate zu hören sind, wenngleich mit unterschiedlicher Lautstärke. So zuletzt wieder auch in Österreich, wo bei fast 7-prozentiger Arbeitslosigkeit auch zu vernehmen war, dass der Arbeitsmarkt leer gefegt sei.

Meine Vermutung ist, dass sich hinter den Klagen der Unternehmer über „Facharbeitermangel“ hauptsächlich ihr Wunsch verbirgt, bessere Arbeitskräfte zu bekommen als sie zur Zeit haben, und dies zu einem niedrigeren Lohn, oder jedenfalls nicht zu einem höheren.

Auch wenn die Sache reichlich mysteriös erscheint, muss man sie, so glaube ich, dennoch ernst nehmen. Ohne hier in eine längere Argumentation einsteigen zu können, wage ich aber die Behauptung, dass der angebliche oder tatsächliche Facharbeitermangel nicht durch mehr Immigration behoben werden kann. Im Gegenteil – gerade beim Beispiel Pflege zeigt ein Vergleich zwischen Österreich und Skandinavien, welche entscheidende Rolle einem Ausbildungssystem für die Bereitstellung eines entsprechend qualifizierten Arbeitskräfteangebots spielt. Der Schlüssel zur Lösung des Facharbeitsproblems liegt bei der Ausbildung, und nicht bei der Liberalisierung des Zugangs zu unserem Arbeitsmarkt.

■ Alternde Erwerbsbevölkerung

Wie wir gehört haben, wird die Wirkung einer Alterung der Erwerbsbevölkerung auf das Wirtschaftswachstum auch als Argument für Panikmache verwendet. Die a priori-Argumente beschreiben Wirkungen in unterschiedlicher Richtung, etwa dass eine Abnahme von physischer Belastbarkeit und kognitiven Fähigkeiten die Produktivität senkt, während auf der anderen Seite die größere Erfahrung produktivitätssteigernd wirkt. Soweit ich empirische Untersuchungen kenne, legen sie am ehesten den Schluss nahe, dass die Frage so fast nicht in den Griff zu bekommen ist. Die Ergebnisse sind jedenfalls widersprüchlich, wenn es überhaupt einen Effekt gibt, dann scheint er mir minimal zu sein, dabei unsicher, ob positiv oder negativ. Es ist einfach am besten, die Gestaltungsmöglichkeiten in Arbeitswelt zu nützen.

Abschließend möchte ich meine generelle Konsequenz aus den Referaten zur demographischen Problematik insgesamt so formulieren:

Es kann nicht alles so weiter laufen wie es jetzt ist, aber: die Probleme sind lösbar, sie haben nach allen bisherigen Maßstäben eine bewältigbare Dimension, sowohl was die Alterung der Erwerbstätigen, als auch, was die Finanzierung der Pensionen betrifft.

Josef Wöss

STEIGENDER ALTENANTEIL UND PENSIONEN: ALTENQUOTE IST NICHT GLEICH PENSIONSQUOTE

1. DEMOGRAPHIEPROGNOSEN IM WANDEL DER ZEIT

Bei der Vorbereitung auf diese Veranstaltung bin ich auf ein interessantes Buch aus dem Jahr 1979 gestoßen mit dem Titel „Finanzierungsprobleme der österreichischen Sozialversicherung“ (vgl. Institut für angewandte Sozial- und Wirtschaftsforschung 1979). In diesem Buch sind u.a. Demographieprognosen aus den 1970er-Jahren aufgelistet, die aus heutiger Sicht zu sehr überraschenden Ergebnissen kommen.

So findet sich z.B. in einer dort zitierten Studie des Instituts für Demographie der österreichischen Akademie der Wissenschaften (vgl. Muzicant/Feichtinger 1977) folgende Prognose zur Entwicklung der Gesamtbevölkerung in Österreich (Hauptvariante): Ausgehend von 7,5 Mio. im Jahr 1975 wurde für das Jahr 2000 eine Gesamtbevölkerung von 7,1 Mio. vorausgesagt. Für 2030 wurden 6 Mio. und für 2050 gar nur mehr 4,9 Mio. EinwohnerInnen Österreichs prognostiziert (vgl. Institut für angewandte Sozial- und Wirtschaftsforschung 1979, 66).

Verglichen mit der tatsächlichen Entwicklung (bis 2000) und mit aktuellen Prognosen (für die Jahre 2030 und 2050) sind das geradezu dramatische Abweichungen. Zwischen 1975 und 2000 ist die Gesamtbevölkerung in Österreich nicht wie prognostiziert von 7,5 auf 7,1 Mio. gesunken, sondern auf 8,1 Mio. angestiegen. Für 2030 werden derzeit 8,85 Mio. (gegenüber damals 6 Mio.), für 2050 sogar 9 Mio. (gegenüber damals 4,9 Mio.) vorhergesagt (vgl. Statistik Austria 2006, Tab. 9.04).

Es wäre sicherlich unangebracht, den AutorInnen der damals gemachten Bevölkerungsprognosen die getroffenen Fehleinschätzungen zum Vorwurf zu machen (wer hätte z.B. die enormen Zuwanderungsströme zu Beginn der 1990er-Jahre vorhersehen können?). Diese Fehleinschätzungen sollten uns aber generell zu Vorsicht gegenüber Vorhersagen über sehr lange Zeiträume mahnen. Es sollte nicht übersehen werden, dass selbst die von vielen als sehr verlässlich eingestuften Demographieprognosen beträchtliche Unsicherheitsfaktoren beinhalten.

2. HERAUSFORDERUNG ALTERUNG

Bei aller gebotenen Vorsicht gegenüber Langzeitprognosen ist die bereits in Gang befindliche Alterung der Gesellschaft ein Faktum, an dem nicht zu rütteln ist. Wenngleich sich bei den zentralen Bestimmungsfaktoren der Demographie (Migration, Geburtenraten und Lebenserwartung) einiges gegenüber den aktuellen Einschätzungen ändern kann, ist mit Sicherheit davon auszugehen, dass die Zahl älterer Menschen in unserem Land (und auch in den anderen Industriestaaten) in den kommenden Jahrzehnten massiv in die Höhe gehen wird.

Diese Alterung ist zweifellos eine der zentralen Herausforderungen für unsere gesamte Gesellschaft und selbstverständlich auch für viele Politikbereiche (Arbeitsmarkt, Pensionen, Gesundheitssystem, Pflege, etc.). Klar ist, dass wir uns dieser Herausforderung ohne jegliche Beschönigung stellen müssen und dass wir bei den erforderlichen Anpassungen nicht unnötig Zeit verlieren dürfen. Klar sollte aber auch sein, dass wir uns dabei nicht durch überzogene Katastrophenszenarien in die Irre führen lassen sollten, wie wir das in der hier im Zentrum stehenden Pensionsdebatte immer wieder erleben: sachliche Diskurse über erforderliche Reformen werden immer wieder durch unhaltbare Pauschalargumente überlagert.

3. ANSTIEG DES ALTENANTEILS UND ANSTIEG DER PENSIONSQUOTE SIND NICHT GLEICHBEDEUTEND

Eines der gängigsten Argumente in der Pensionsdebatte ist, dass der starke Anstieg des Altenanteils mehr oder minder zwangsläufig zu einer Unfinanzierbarkeit der „1. Säule" der Alterssicherung führen würde. Das System der Umlagefinanzierung, in dem die Pensionen aus den aktuell gezahlten Beiträgen (und aus Steuermitteln) finanziert werden, stoße – so das zentrale Argument – an seine Grenzen, wenn Altenquote[1] und Pensionsquote[2] massiv ansteigen. Übergangen wird dabei, dass der Anstieg der Zahl der Älteren keineswegs automatisch einen ebenso starken Anstieg der Pensionsquote nach sich ziehen muss. Altenquote und Pensionsquote sind bei weitem nicht so eng miteinander verflochten, wie das vielfach suggeriert wird.

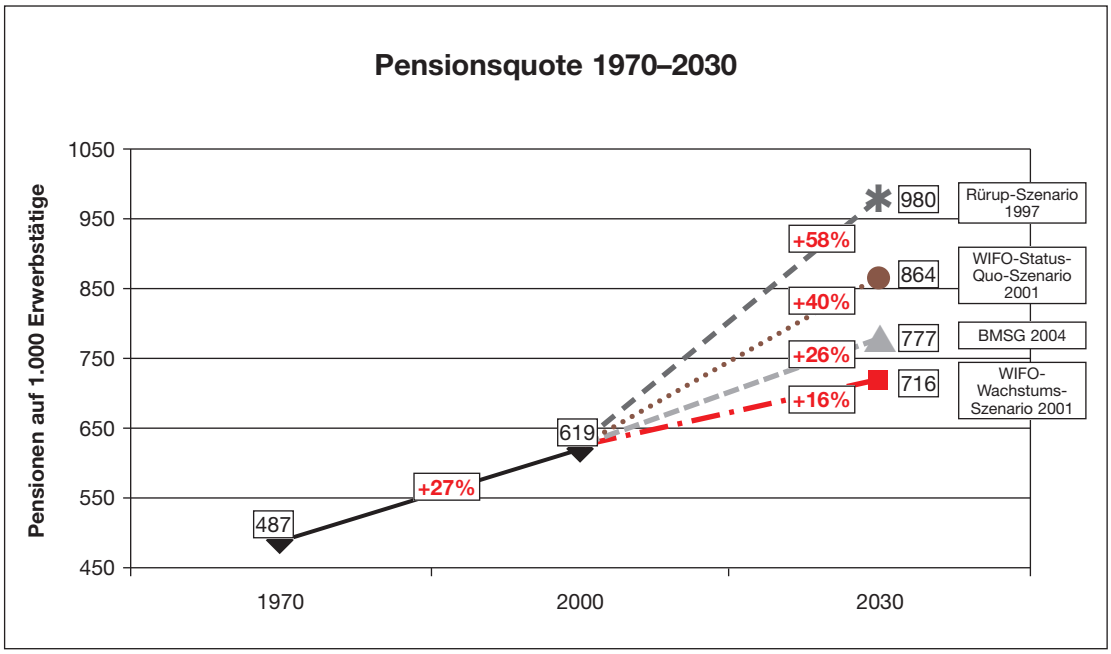
Wir haben darauf von Seiten der AK in den letzten Jahren immer wieder hingewiesen. Im Jahr 2000 haben wir dazu eine Studie beim Wirtschaftsforschungsinstitut (WIFO) in Auftrag gegeben (vgl. Guger/Mayrhuber 2001; Guger/Mayrhuber 2001a), an die ich hier erinnern möchte, weil sie von ihren Kernaussagen her noch immer sehr aussagekräftig ist.

Wir haben damals an das WIFO zwei an sich simple Fragen gestellt: Welchen Wert würde die Pensionsquote im Jahr 2030 erreichen, wenn bei der prognostizierten Bevölkerungsentwicklung

a) die Erwerbsquote unverändert bleibt (Status-Quo-Szenario)?
b) die Erwerbsquote auf ein Niveau ansteigt, wie wir es derzeit in nordischen Staaten vorfinden (Wachstums-Szenario)?

Auf dem folgenden Schaubild sind die zentralen Ergebnisse der WIFO-Rechnungen (vgl. Guger/Mayrhuber 2001a) dargestellt. Darüber hinaus sind zwei weitere Pensionsquoten-Prognosen ausgewiesen: jene aus der viel diskutierten Rürup-Studie aus dem Jahr 1997 (vgl. Rürup 1997) und jene, die das Sozialministerium (BMSG) im Jahr 2004 begleitend zur Einführung des neuen Pensionskontorechts für die Jüngeren den damals gemachten Langzeitrechnungen zugrunde gelegt hat (vgl. Stefanits/Königsreiter 2005). Darüber hinaus ist

[1] Die Altenquote ist die Zahl der Personen im Alter ab 65 in Relation zur Zahl der Personen im Alter von 15 bis 64 Jahren.
[2] Die Pensionsquote ist die Zahl der ausbezahlten Pensionen in Relation zur Zahl der BeitragszahlerInnen.



auch die zurückliegende Entwicklung der Pensionsquote im Zeitraum 1970 bis 2000 abgebildet.[3]

Wie das Schaubild zeigt, entfielen im Jahr 1970 auf 1000 Erwerbstätige (BeitragszahlerInnen) 487 Pensionszahlungen, im Jahr 2000 waren es bereits 619.[4] Das bedeutet einen Anstieg um 27%. Bemerkenswert ist, dass dieser massive Zuwachs in einer Zeit ohne nennenswerte Änderungen bei der Altenquote eingetreten ist. Auf 1000 Personen im Alter zwischen 15 und 64 Jahren entfielen im Jahr 1970 229 Über-65-Jährige, im Jahr 2000 waren es mit 228 fast genau gleich viele (vgl. Statistik Austria 2006, Tab. 4).

In den kommenden Jahrzehnten werden wir einen gravierenden Anstieg der Zahl älterer Menschen erleben. Nach den aktuellen Prognosen werden im Jahr 2030 auf 1000 Personen im Alter von 15 bis 64 Jahren bereits 378 Personen im Alter ab 65 Jahren entfallen. Die Altenquote würde damit im Vergleich zum Jahr 2000 um ca. 66% in die Höhe gehen – ein Wert, der auf den ersten Blick den Katastrophenszenarien recht zu geben scheint. Die Relation zwischen PensionsbezieherInnen und BeitragszahlerInnen wird allerdings nicht durch die Altenquote, sondern durch die Pensionsquote bestimmt. Die Frage ist also, wie sich die Pensionsquote bei einem Anstieg der Altenquote um etwa zwei Drittel entwickeln wird?

Auf der rechten Seite der Graphik ist ersichtlich, wie unterschiedlich die Entwicklung der Pensionsquote ausfallen kann. In den im Schaubild ausgewiesenen Varianten reicht das Spektrum von einem Anstieg auf 716 (WIFO-Wachstum-Szenario) bis zu einem Anstieg auf 996 (Rürup-Szenario). In Prozentwerten ausgedrückt bedeutet das gegenüber dem Jahr 2000 ein

[3] Zu beachten ist, dass die Prognose-Rechnungen aus verschiedenen Jahren stammen (1997, 2001, 2004) und die zugrunde gelegten Bevölkerungsprognosen nicht unwesentlich differieren. In den neueren Prognosen wird die Bevölkerungsentwicklung deutlich optimistischer eingeschätzt.

[4] In diesen Werten sind neben den Alterspensionen auch Invaliditäts-/Berufsunfähigkeitspensionen und Hinterbliebenenpensionen (Witwen-, Witwer- und Waisenpensionen) enthalten. Mitgezählt sind auch die vielen Teilpensionen, die neben einer Teilleistung aus einem anderen Land ausbezahlt werden.

Spektrum zwischen plus 16% und plus 58%, wobei zu betonen ist, dass nicht nur das „Rürup-Szenario“, sondern auch das „WIFO-Status-Quo-Szenario“ aus heutiger Sicht als äußerst pessimistisch bzw. als sehr unwahrscheinlich einzustufen sind. Viele Gründe (steigende Erwerbsbeteiligung der Frauen, Anhebung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters etc.) sprechen dafür, dass zumindest mit dem vorsichtig geschätzten BMSG-Szenario 2004 gerechnet werden kann, bei entsprechender Politikgestaltung müsste sogar das „WIFO-Wachstums-Szenario“ erreichbar sein. Die Realisierung dieses Szenarios würde auf eine Erwerbsbeteiligung hinauslaufen, wie es sie derzeit bereits in Nordstaaten gibt. Bemerkenswert ist, dass der Anstieg der Pensionsquote bei voller Realisierung des Wachstums-Szenarios sogar wesentlich niedriger ausfallen würde als der 27%-Anstieg der Quote, der zwischen 1970 und 2000 zu verzeichnen war.

Wie erklären sich die massiven Unterschiede zwischen Altenquote und Pensionsquote und zwischen den verschiedenen Pensionsquoten-Szenarien? Im Wesentlichen stehen dahinter unterschiedliche Annahmen über die Entwicklung der Erwerbsbeteiligung.[5] So wird z.B. für das Jahr 2030 mit 5,52 Mio. Menschen im Alter von 15 bis 64 Jahren und mit 2,08 Mio. Menschen im Alter ab 65 Jahren gerechnet (vgl. Statistik Austria 2006, Tab. 9.04). Diese Zahlen sagen aber allein noch nicht viel aus: Für die Pensionsquote ist wesentlich, ob von den Menschen im Erwerbsalter z.B. 70%, 75% oder 80% in Beschäftigung sein werden und es damit 3,86 Mio. (bei einer Beschäftigungsquote von 70%), 4,14 Mio. (bei einer Beschäftigungsquote von 75%) oder 4,41 Mio. (bei einer Beschäftigungsquote von 80%) BeitragszahlerInnen geben wird. Dieses simple Beispiel allein schon zeigt, dass die Entwicklung der Pensionsquote bei weitem nicht allein von der Entwicklung der Altenquote abhängig ist.

Wenngleich die Finanzierung der Pensionen letztendlich auch von anderen Faktoren, insbesondere der Entwicklung der Arbeitsproduktivität und der Löhne (Beitragsgrundlagen), der Entwicklung des Pensionsrechts und der Höhe der Beitragssätze und des Bundesbeitrags abhängig ist, lassen die ausgewiesenen Werte doch eines ganz klar erkennen: Das zentrale Argument der Katastrophenszenarien, dass sich die Pensionsquote bei massiv steigendem Altenanteil notwendigerweise dramatisch verschlechtern muss, ist nicht haltbar. Die Entwicklung dieser Quote hängt bei weitem nicht nur von der Besetzung der einzelnen Altersgruppen, sondern vor allem auch davon ab, ob die Menschen im Erwerbsalter auch tatsächlich erwerbstätig sind oder ob sie z.B. bereits auf Transferleistungen angewiesen sind, wie das derzeit bei einem beträchtlichen Anteil der Fall ist.

4. PRIVATISIERUNG IST KEINE LÖSUNG

Oft wird als Antwort auf die Alterung der Umstieg auf Kapitaldeckung bzw. die (Teil)Privatisierung der Alterssicherung propagiert – also die Rücknahme des Leistungsniveaus der umlage-

[5] Selbstverständlich spielt für die Entwicklung der Pensionsquote auch die Entwicklung der Zahl der Pensionen (incl. der gesundheitsbedingten Frühpensionen und der Hinterbliebenenpensionen) eine Rolle. Allerdings gehen in diesem Bereich die Prognosen viel weniger weit auseinander als bei der Frage der Erwerbsbeteiligung. Zum Teil steht die Zahl der Pensionen sogar in sehr engem Konnex mit der Erwerbsbeteiligung bzw. mit den Erwerbschancen der Menschen im erwerbsfähigen Alter (Zahl der Invaliditätspensionen, Zahl der vorzeitigen Alterspensionen).

finanzierten 1. Säule bei gleichzeitigem Ausbau der kapitalgedeckten so genannten 2. und 3. Säule (Betriebspensionen und Privatpensionen).

Ich halte das aus mehreren Gründen für einen falschen Weg:

- Kapitalgedeckte Pensionen sind nicht billiger: Auch bei Kapitaldeckung müssen Beiträge/Versicherungsprämien bezahlt werden, die Verwaltungs-/Vertriebskosten liegen im Vergleich zur gesetzlichen Pensionsversicherung im Regelfall deutlich höher.

- Kapitalgedeckte Pensionen sind nicht sicherer, höhere Rendite-Erwartungen bedeuten gleichzeitig ein höheres Risiko: Finanzmärkte bergen nicht nur kurzfristig, sondern vor allem auch über längere Zeiträume gesehen mehr Risken als im Umlageverfahren finanzierte öffentliche Sozialsysteme.

- Kapitalgedeckte Pensionen sind nicht demographieresistenter: Die oft vorgebrachte Behauptung, kapitalgedeckte Systeme seien die richtige Antwort auf die demographische Herausforderung, steht auf wackligen Beinen – muss in Zukunft Pensionskapital in großem Umfang aufgelöst und müssen die aufgebauten Kapitalstöcke wieder zurückgefahren werden, so drohen massive Negativ-Effekte auf die Börsenwerte.

- Kapitalgedeckte Pensionen beinhalten viel weniger oder oft gar keinen sozialen Ausgleich: Anerkennung von Kindererziehungszeiten und von Zeiten der Arbeitslosigkeit, volle Abdeckung des Risikos der Invalidität etc finden sich im Wesentlichen nur in öffentlichen Systemen.

- Der Umstieg auf kapitalgedeckte Pensionen würde zumindest eine Generation doppelt belasten: Zusätzlich zum Aufbau des eigenen Pensionskapitals müssten in der jahrzehntelangen Übergangsphase die laufenden Pensionen finanziert werden.

Einen vollwertigen und kostengünstigeren Ersatz für Leistungen der „1. Säule“ können kapitalgedeckte Betriebs- oder Privatpensionen nicht bieten. Sie können Leistungen aus der öffentlichen Alterssicherung ergänzen (wie das bei etlichen Betriebspensionssystemen und sicherlich oft auch bei Privatpensionen in durchaus sinnvoller Weise der Fall ist), als Ersatz sind sie aber ungeeignet. Kann man sich hierauf verständigen, so geht es nicht mehr um ein Entweder-Oder (entweder öffentliche Pensionen oder kapitalgedeckte Pensionen der 2. und 3. Säule), sondern um ein sinnvoll aufeinander abgestimmtes Miteinander.

In unserem Zusammenhang bleibt aber vor allem festzuhalten, dass die Behauptung nicht haltbar ist, der Umstieg auf kapitalgedeckte Systeme der 2. oder 3. Säule sei die richtige Antwort auf die demographische Herausforderung.

5. DRINGLICHSTE AUFGABEN

Meiner Einschätzung nach liegen derzeit die dringlichsten Aufgaben zur Bewältigung der demographischen Herausforderung im Bereich der Alterssicherung nicht innerhalb des Pensionssystems. Dort wurden in den letzten Jahren ohnehin etliche – wenngleich zumeist nicht

gerade glückliche – Reformen durchgeführt (vgl. u.a. Wöss 2006; Wöss 2000; Obinger/Tálos 2006). Die dringlichsten Aufgaben zur langfristigen Sicherung einer funktionierenden und fairen Alterssicherung auch für die heute Jüngeren liegen derzeit in den Bereichen Arbeitsmarkt-, Familien- und Bildungspolitik.

Vor allem ist dringend eine Verbesserung der Erwerbschancen älterer ArbeitnehmerInnen erforderlich. Derzeit klafft für viele Menschen zwischen dem Ende des Erwerbslebens und dem Erreichen des Pensionsalters eine beträchtliche Kluft. Mit der Anhebung des gesetzlichen Pensionsalters und mit den stetig steigenden Anforderungen in der Arbeitswelt droht diese Kluft noch größer zu werden. Die Gegensteuerung ist sicherlich einfacher gesagt als getan, erforderlich ist ein umfassendes Maßnahmenpaket (Schaffung alternsgerechter Arbeitsplätze, besserer Gesundheitsschutz, Weiterbildung auch für Ältere, gleitender Übergang in die Pension, etc). AK und ÖGB fordern seit Jahren ein Nationales Aktionsprogramm für ältere ArbeitnehmerInnen.

Eine weitere ganz wichtige Antwort auf die demographische Herausforderung ist die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Niedrige Geburtenraten, niedrige Erwerbsbeteiligung der Frauen etc. hängen ganz wesentlich damit zusammen, dass Beruf und Familie für viele Eltern (vor allem für Mütter) noch immer sehr schwer oder gar nicht unter einen Hut zu bringen sind.

Zum Schluss möchte ich noch das ganz wichtige Thema Ausbildung ansprechen. Es ist schwer nachvollziehbar, dass von der Wirtschaft einerseits ein enormer Fachkräftemangel prognostiziert wird, gleichzeitig aber viel zu wenig Bereitschaft da ist, tausenden heutigen SchulabgängerInnen, die sich eine Facharbeiterausbildung wünschen, diese real zu ermöglichen. Das ist, zumindest in mittel- bis langfristiger Perspektive, auch rein ökonomisch betrachtet ein Unsinn. Sehr wichtig ist es darüber hinaus, eine flächendeckende, berufsbegleitende Weiterbildung sicher zu stellen.

Zur Bewältigung der Herausforderung der Alterung wäre schon einiges gewonnen, wenn es gelingen würde, dass der Blick mehr auf diese Themenfelder und weniger auf überzogene Katastrophenszenarien zur Finanzierung der Pensionen gerichtet wird.

BIBLIOGRAPHIE

Guger, Alois und Christine *Mayrhuber* (2001), Erwerbsbeteiligung und Alterssicherung. Auswirkungen der Arbeitsmarktentwicklung auf die Pensionsquote, In: WIFO-Monatsberichte 2/2001, 111-119.

Guger, Alois und Christine *Mayrhuber* (2001a), Arbeitsmarktperspektiven und Pensionsfinanzierung 2030, In: WIFO-Monatsberichte 9/2001, 553-565.

Muzicant, Judith und Gustav *Feichtinger* (1977), Bevölkerungsschrumpfung in Österreich: Konsequenzen rückläufiger Fruchtbarkeit für die demographische Entwicklung (= Schriftenreihe des Instituts für Demographie der österreichischen Akademie der Wissenschaften, Band 3/1977), Wien.

Obinger, Herbert und Emmerich *Tálos* (2006), Sozialstaat Österreich zwischen Kontinuität und Umbau. Eine Bilanz der ÖVP/FPÖ/BZÖ-Koalition, Wiesbaden.

Rürup, Bernd (1997), Perspektiven der Pensionsversicherung in Österreich. Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Darmstadt 1997.

Statistik Austria (2006), Demographisches Jahrbuch 2005.

Stefanits, Hans und Karin *Königsreiter* (2005), Finanzielle Auswirkungen der Pensionsreform 2004 – auf dem Weg zu einem nachhaltigen Pensionssystem?, In: Soziale Sicherheit 5/2005, 233-250.

Institut für angewandte Sozial- und Wirtschaftsforschung (Hg., 1979), Finanzierungsprobleme der österreichischen Sozialversicherung, Wien.

Wöss, Josef (2000), Gesetzliche Pensionsversicherung – Rückblick auf die letzten 30 Jahre, In: Soziale Sicherheit 12/2000, 1000-1009.

Wöss, Josef (2006), Sozialpolitik 2000-2006: Bilanz Pensionen, In: Arbeit und Wirtschaft 7-8/2006, 12-15.

Impressum:
Herausgeber und Verleger: Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, 1040 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20-22.
Printmarketing: Johann Polonyi, 1180 Wien. Druck: Druckerei Hans Jentzsch & Co GmbH, 1210 Wien.

„Wirtschaftswissenschaftliche Tagungen der Arbeiterkammer Wien“ Reihe Band 10

Steigender Reichtum – Steigende Ungleichheit?

Vermögensverteilung als Herausforderung für die Wirtschaftspolitik

Günther Chaloupek, Thomas Zotter (Hrsg.)

Vorwort

Holger Stein
Anatomie der Vermögensverteilung in Deutschland

Anders Klevmarken
The Distribution of Wealth in Sweden, Trends and Contributing Factors

Andrea Brandolini
The Distribution of Wealth in Germany and Sweden: Discussion of the Papers by Stein and Klevmarken

Edward N. Wolff
The Distribution of Wealth in the USA,, Trends and Contributory Factors

Martin Schürz
Kommentar zum Beitrag von E. Wolff “The Distribution of Wealth in the USA” – Anmerkungen zur Aussagefähigkeit eines Vergleichs von Ginikoeffizienten

Alois Guger, Markus Marterbauer
Steigende Ungleichheit der Einkommensverteilung in Österreich?

Christian Beer, Peter Mooslechner, Martin Schürz, Karin Wagner
Die Bedeutung von Mikrodaten zum Geldvermögen für die Geld- und Wirtschaftspolitik: Eine Illustration anhand einer OeNB-Erhebung zum Geldvermögen privater Haushalte in Wien

Thomas Zotter
Kommentar zu den Beiträgen von Guger, Marterbauer und Beer, Mooslechner, Schürz und Wagner

Kurt Bayer
Globale Ungleichheit: Status und einige Lösungsvorschläge

Resümee

Wien 2006, ca. 178 Seiten, € 25,–

Bestellungen bei: LexisNexis Verlag ARD Orac, A-1030 Wien, Marxergasse 25
Tel. 01/534 52-0, Fax 01/534 52-140, e-mail: verlag@lexisnexis.at

„Wirtschaftswissenschaftliche Tagungen der Arbeiterkammer Wien“ Reihe Band 12

Ende der Stagnation? Wirtschaftspolitische Perspektiven für mehr Wachstum und Beschäftigung in Europa

Günther Chaloupek, Eckhard Hein, Achim Truger (Hrsg.)

Vorwort

Stephan Schulmeister
Wirtschaftspolitik und Finanzinstabilität als Ursachen der unterschiedlichen Wachstumsdynamik in den USA und Europa

Eckhard Hein, Achim Truger
Die deutsche Wachstums- und Beschäftigungsschwäche im europäischen Kontext – Ein Lehrstück makroökonomischen Missmanagements

Markus Marterbauer
Kleine Länder in der Währungsunion – hat Österreich seine wirtschaftspolitischen Spielräume genutzt?

András Inotai
Erweiterungsmüdigkeit oder Reformunwilligkeit? Die EU zwischen globalen Herausforderungen und patriotischer Wirtschaftspolitik

Franz Traxler
Transnationale Koordinierung der Tarifpolitik: Eine Analyse ihrer Funktionslogik und Effektivität

Reinhard Bispinck
Der mühsame Abschied von der lohnpolitischen Bescheidenheit – Strukturwandel im deutschen Tarifsystem und seine Folgen

Jan Priewe
Makroökonomische Politik in Europa – Schwächen und Reformoptionen

Wien 2007, 143 Seiten, € 15,–

Bestellungen bei: LexisNexis Verlag ARD Orac, A-1030 Wien, Marxergasse 25
Tel. 01/534 52-0, Fax 01/534 52-140, e-mail: verlag@lexisnexis.at

Wirtschaft und Gesellschaft

Die heuer im 33. Jahrgang erscheinende Quartalszeitschrift „Wirtschaft und Gesellschaft“ wird von der Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien redaktionell betreut. Sie beschäftigt sich sowohl mit österreichischen als auch internationalen Fragen der Wirtschaftspolitik, mit Wirtschaftstheorie, gelegentlich auch mit verwandten Bereichen wie Wirtschaftsgeschichte, Soziologie und Politikwissenschaft.

Die Zeitschrift wendet sich an alle, die an eingehenderen Analysen von wirtschaftspolitischen Themen interessiert sind. Bei der Auswahl und Behandlung der Inhalte wird großer Wert auf die Synthese aus Erkenntnissen der akademischen Wissenschaft mit der Praxis, der wirtschafts- und sozialpolitischen Realität, gelegt.

Ein Jahrgang umfasst vier Hefte mit insgesamt rund 600 Seiten. Jedes Heft enthält ein Editorial, in dem zu aktuellen tagespolitischen Problemen Stellung bezogen wird, vier bis fünf Hauptartikel sowie mehrere Rezensionen kürzlich erschienener Fachliteratur. Fallweise erscheinen auch Beiträge in den Rubriken „Kommentar“ und „Berichte und Dokumente“ sowie längere Besprechungsaufsätze. Die Artikel stammen von in- und ausländischen Vertretern von Theorie und Praxis, aus Forschung und Lehre, von Unternehmen und Verbänden.

In den letzten Heften erschienen u.a.: ein Beitrag von Joseph E. Stieglitz über Demokratische Entwicklungen als Früchte der Arbeit(-erbewegung) (1/02), von E. Hein und T. Niechoj über die „Grundzüge“ der EU-Wirtschaftspolitik (1/05), von F. Traxler über ‚Pattern Bargaining‘ (2/05), von H. Walther über neoliberale Utopie und Wirklichkeit (1/06), von G. Tichy über Demographie, Arbeitsmarkt und Pensionsfinanzierung (2/06), von P. Mayerhofer über Wiens Beschäftigungssystem (1/07), von E. Stockhammer über das Nachfrageregime im Euro-Raum und von R. Bartel über den öffentlichen Sektor in der Defensive (2/07).

Preise: Einzelnummer € 9,–, Jahresabonnement € 29,– (inkl. Auslandsversand € 41,90), ermäßigtes Studenten-Jahresabonnement gegen Bekanntgabe einer gültigen ÖH-Card-Nummer € 17,–, jeweils inkl. Mwst.

Zu bestellen bei: LexisNexis Verlag ARD Orac, A-1030 Wien, Marxergasse 25, Tel. 01/534 52-0, Fax 01/534 52-140, e-mail: verlag@lexisnexis.at. Dort kann auch ein kostenloses Probeheft angefordert werden.

LexisNexis® ARD Orac

AK WIEN

DIE WICHTIGSTEN ERGEBNISSE IM ÜBERBLICK

Wolfgang Lutz:

- Bevölkerungsprognosen sind mit Unsicherheiten verknüpft und werden deshalb in unterschiedlichen Intervallen revidiert
- Da die Migration auch stark durch unvorhersehbare Ereignisse (z.B. Flüchtlingsströme) beeinflusst wird, weichen die tatsächlichen Entwicklungen oft sehr stark von den zugrunde liegenden Migrationsannahmen ab
- Mittelfristig und langfristig weicht auch die tatsächliche Entwicklung von Geburtenrate und Lebenserwartung mitunter erheblich von den Annahmen ab
- Die Geburtenraten sind in allen Ländern Europas gesunken, allerdings mit Unterschieden im Hinblick auf den zeitlichen Verlauf und die Intensität
- Der bis in die zweite Hälfte der 1980er Jahre bestehende negative Zusammenhang zwischen Geburtenraten und Erwerbstätigkeit der Frauen hat sich mittlerweile umgekehrt: Heute haben gerade die Länder mit der höchsten Erwerbsbeteiligung von Frauen (Skandinavien aber auch Frankreich) die höchsten Geburtenraten. Die künftige Entwicklung lässt sich nicht prognostizieren
- Auch der Wunsch nach Kindern hat abgenommen – in Österreich v.a. bei Männern: durchschnittlich gelten 1,3 Kinder als ideal und ein Drittel der jungen Menschen will gar keine Kinder
- Besonders schwierig ist die Schätzung des zukünftigen Pflegebedarfs, da dieser stark von der Entwicklung der so genannten beschwerdefreien oder beschwerdearmen Jahre abhängt. Eine relativ geringe Ausdehnung dieses Bereichs um 2-3 Jahre kann dazu führen, dass der Pflegebedarf auch bei stark steigendem Altenanteil nicht steigt oder sogar sinkt
- Es ist auch wichtig zu betonen, dass demographische Entwicklungen nur zum Teil Schicksal sind und es durchaus Möglichkeiten der politischen Einflussnahme gibt

Gerd Bosbach:

- Charakteristisch für die mediale Diskussion der demographischen Entwicklung in Deutschland ist seit rund drei Jahren, dass eine Schreckensmeldung die andere jagt. Zudem wird auch mit Zahlen äußerst leichtfertig operiert und die mediale Aufbereitung von Bevölkerungsprognosen ist oft eher beliebig

- Selbst Meldungen, die keinerlei Wahrheitsgehalt haben, bleiben in den Köpfen haften
- Im Unterschied zu Negativmeldungen, die immer für Schlagzeilen gut sind, gehen Positivmeldungen in den Medien eher unter. Es stellt sich die Frage, wer Interesse an einer verzerrten Demographiediskussion hat und wer davon profitiert?
- Profitieren können zunächst einmal die Unternehmen: sie geben auch offen zu, dass sie über eine (Teil)Privatisierung der Renten eine Senkung der Lohnneben- bzw. der Arbeitskosten erreichen wollen. Die demographische Panikmache soll dazu den Boden zubereiten, weil sonst in Deutschland die Bereitschaft zur Privatisierung der Alterssicherung nicht gegeben wäre
- Es sind zudem die Versicherungswirtschaft und andere Finanzdienstleister: In Deutschland werden derzeit rund 240 Mrd. € für die RentnerInnen ausgegeben und die Versicherungswirtschaft will an diesem Kuchen über die Privatisierung der Alterssicherung teilhaben
- Nicht zuletzt hat die Diskussion in der heutigen Form auch für PolitikerInnen Vorteile: Einschnitte – wie etwa Nullrunden bei den Renten oder die Einführung einer Praxisgebühr für Arztbesuche – werden immer mit der demographischen Entwicklung bis 2050 begründet. Heutige Finanzierungsprobleme des Sozialsystems haben aber mit der demographischen Entwicklung in den kommenden Jahrzehnten nichts zu tun
- In der Vergangenheit wurden demographische Herausforderungen bewältigt, die bedeutend größer waren als das, was in den nächsten 30 bis 50 Jahren auf uns zukommt, ohne dass daraus dramatische Krisen entstanden wären

Gunther Tichy:

- Die demographischen Herausforderungen sind mit einer vernünftigen Politik durchaus zu lösen, sie wurden jedoch zu einem demographischen Belastungsmythos hochgespielt
- Die Belastungsquoten hängen von den jeweiligen Prognoseannahmen ab und wurden für Österreich zuletzt deutlich nach unten revidiert
- Meistens ist aber bereits die Fragestellung falsch: denn nicht die Jungen erhalten die Alten, sondern die Erwerbstätigen erhalten alle Nichterwerbstätigen
- In Österreich sind bis zu 1 Million Menschen im Erwerbsalter nicht erwerbstätig. Dies zeigt deutlich, dass der weitere Verlauf der richtig berechneten

Belastungsquoten vor allem von der Entwicklung des Arbeitsmarktes abhängen wird

- Die Entlastung des Arbeitsmarktes durch einen demographisch bedingten Angebotsrückgang ist in absehbarer Zeit nicht zu erwarten. Mit einer Wende auf dem Arbeitsmarkt in Form einer generellen Verknappung von Arbeitskräften ist frühestens ab 2030 zu rechnen. Bis dahin wird Arbeitslosigkeit unser größtes Problem sein. Daher wird in den nächsten 20 Jahren Beschäftigungspolitik die zentrale Aufgabe der Politik bleiben. An dieser Grundproblematik werden weder Änderungen bei Mortalität und Fertilität noch Schwankungen bei der Migration viel ändern

- Demnach wird entscheidend sein, wie weit es gelingt, die Arbeitslosigkeit zu senken und die Beschäftigungsquoten der Über-50-Jährigen zu erhöhen. Diese Zusammenhänge werden in der öffentlichen Diskussion weitestgehend vernachlässigt

- Statt dessen wird der demographische Belastungsmythos als Argument für die angebliche Unfinanzierbarkeit unseres Pensionssystems, die Notwendigkeit von Leistungskürzungen und den Umstieg auf privatwirtschaftliche Systeme missbraucht

- Tatsächlich wird – je nach Annahmen über die Produktivitätsentwicklung – das Sozialprodukt im Jahr 2050 um 60% bis 125% größer als heute sein. Es müsste sehr schlecht um eine Gesellschaft bestellt sein, wenn sie daraus die Pensionen nicht zahlen könnte

- Ein auf dem Umlageverfahren basierendes Pensionssystem ist unverzichtbar, da nur dieses gegen große Risken wie Kriege oder Inflation in dem Sinne absichern kann, dass die Risken bzw. deren Folgen fair auf die gesamte Gesellschaft verteilt werden. Bei einem Kapitaldeckungsverfahren würden die Lasten einer Vermögensvernichtung allein den Alten aufgebürdet, da sie dabei den Deckungsstock ihrer Pensionen verlieren würden

Günther Chaloupek:

- Trotz gegenteiliger Vorstellungen ist aus heutiger Sicht bis 2020 kein generelller Rückgang des Arbeitskräfteangebots absehbar. Darüber hinaus gibt es noch beträchtliche Reserven zur Ausweitung des Beschäftigungsvolumens, insbesondere bei Personen, die derzeit unfreiwillig Teilzeit oder in geringfügiger Beschäftigung arbeiten

- Hinter den Klagen der Unternehmer über „Facharbeitermangel“ verbirgt sich hauptsächlich der Wunsch, in möglichst billiger Form zu qualifizierten Arbeitskräften zu kommen

- Jedenfalls wäre es ein falscher Weg, einen behaupteten bzw. in einigen Bereichen auch tatsächlich bestehenden Fachkräftemangel allein durch mehr Zuwanderung behoben zu wollen. Es gibt genügend Beispiele, die zeigen, dass der Schlüssel zur Lösung des Fachkräfteproblems in einem qualitativ hochwertigen Ausbildungssystem liegt

Josef Wöss:

- Eines der gängigsten Argumente in der Pensionsdebatte ist, dass der starke Anstieg des Altenanteils mehr oder minder zwangsläufig zu einem entsprechenden Anstieg der Pensionsquote und damit zur Unfinanzierbarkeit der Pensionen führen wird. Katastrophenszenarien bauen in aller Regel auf dieser Behauptung auf

- Altenquote ist aber nicht gleich Pensionsquote: Trotz einem prognostizierten Anstieg der Altenquote um 66% bis zum Jahr 2030 würde die Pensionsquote bei Realisierung des „WIFO-Wachstum-Szenarios“ (Anstieg der Erwerbsbeteiligung auf ein Niveau, wie es derzeit in nordischen Staaten gegeben ist) deutlich geringer ansteigen als der 30%-Anstieg dieser Quote, der zwischen 1970 und 2000 zu verkraften war

- Etliche Faktoren (steigende Erwerbsbeteiligung der Frauen, Anhebung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters etc.) lassen erwarten, dass es zu einem deutlichen Anstieg der Beschäftigungsquote kommen wird

- Der von manchen propagierte Umstieg auf Kapitaldeckung und die (Teil)Privatisierung der Alterssicherung sind keine sinnvolle Antwort auf die Alterung (nicht billiger, nicht sicherer, nicht demographieresistenter, kein sozialer Ausgleich, Doppelbelastung während der Übergangsphase etc.)

- Die dringlichsten Aufgaben zur Bewältigung der demographischen Herausforderung liegen nicht im Pensionssystem (dort wurden in den letzten Jahren etliche – wenngleich zumeist nicht gerade glückliche – Reformen durchgeführt), es sind dies die Verbesserung der Erwerbschancen Älterer, die Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, die Sicherung einer guten Ausbildung für die Jugendlichen sowie die Sicherstellung einer flächendeckenden, berufsbegleitenden Weiterbildung

Bisher erschienen

1 Ulrich Schönbauer, Ältere im Betrieb (Februar 2006)

2 Ursula Filipič (Hg.), Neoliberalismus und Globalisierung (September 2006)

3 Ursula Filipič (Hg.), Arbeitsmarktpolitik in Europa (März 2007)

ISBN 978-3-7063-0347-7

Publikationen aus dieser Reihe bestellen Sie bitte unter Tel. (01) 501 65 401
AK Wien, 1040 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20-22

Artikelnummer: 225

AK WIEN

wien.arbeiterkammer.at